

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitung-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Bedingungen

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeits oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benuß-Straße 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 6. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benuß-Straße 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts wurde der unterzeichnete Parteivorstand mit der Führung der Parteigeschäfte betraut. Die Konstituierung erfolgte unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen des Parteitag. Es wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefaßt: Die Adresse des Parteibureaus ist wie bisher!

J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30.
 Sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Briefe und sonstigen Zusendungen sind an die vorstehende Adresse zu richten; alle Geldsendungen sind dagegen an den Parteikassierer Albin Gerisch, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30, zu adressieren.

Zur Kontrollierung des Parteivorstandes, sowie als Verfassungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählte der Parteitag die in § 17 vorgesehene Kontrollkommission, bestehend aus neun Mitgliedern. Die Kommission hat sich ebenfalls in Lübeck konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden

H. Meister, Hannover, Langestr. 1, gewählt, an dessen Adresse die gegen den Parteivorstand gerichteten Beschwerden zu adressieren sind.

Die Geschäfte unserer Partei werden in den einzelnen Orten bzw. Reichstags-Wahlkreisen von Vertrauenspersonen besorgt. Zur besseren Orientierung lassen wir die hierauf bezüglichen Paragraphen des Organisationsstatuts folgen.

§ 8. Zur Wahrnehmung der Partei-Interessen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstags-Wahlkreisen in zu diesem Zweck berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 5. tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Bilanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Absatz 2 dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Zum Beispiel: Wo es den Parteigenossen nicht möglich ist, sei es aus Lokalmangel oder andern Gründen, auf Grund der vorstehenden Paragraphen eine Vertrauensperson zu wählen, genügt es wenn die Genossen sich privatim verständigen und einen aus ihrer Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! Die Verhandlungen des Parteitages in Lübeck haben unsre Gegner bitter enttäuscht. Sie hatten gehofft, die bis zum Parteitag aufgetauchten und in der Schwere gehaltenen Streitfragen würden genügenden Handstoff abgeben, die Geschlossenheit der Partei zu erschüttern. Das Gegenteil ist eingetreten. Die vorhanden gewesenen Streitfragen haben durch den Parteitag eine die Genossen befriedigende Lösung gefunden und einig und geschlossen geht die Partei an die gewohnte Arbeit, die unermüdliche Agitation und den Ausbau der politischen Organisation der Arbeiterklasse.

Die Parteileitung wird alles daran setzen die Agitation zu unterstützen und die Organisation in den noch rückständigen Landesteilen zu fördern. Der Parteivorstand erwartet von den Parteigenossen auch fernerhin die thätigste Unterstützung, deren freiwillige Gewährung unsre früheren Erfolge gezeitigt hat und weitere Erfolge verbürgt.

Darum vorwärts unter dem alten Kampfesruf: Hoch die Socialdemokratie!

Berlin, den 5. Oktober 1901.

Der Parteivorstand.

A. Bebel, P. Singer, Vorsitzende.

J. Auer, W. Pfannkuch, Schriftführer.

A. Gerisch, Kassierer.

W. Eberhard, H. Wenzels, Vorsitzende.

Schutz den Konfektionsarbeitern!

Mehr als ein Jahrzehnt ist verfloßen, seitdem in Berlin mehr als 30000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die sonst dem Emancipationskampfe des Proletariats fern geblieben, in eine große Bewegung getreten waren. Sie wollten die Ketten abhürten, die ihnen das raffinierteste System der Ausbeutung, das Zwischenmeister-System und die Heimarbeit geschmiedet hatten. Es war nicht ein Kampf, einfach um höhere Löhne und um kürzere Arbeitszeiten, wie sonst ein Streik, im Mittelpunkt der Bewegung stand die Forderung nach Betriebsverhältnissen. Es war ein Kampf eigenartig um der Personen willen, die ihn führten, eigenartig der Forderungen wegen, die aufgestellt wurden. Wenige sociale Bewegungen im Deutschen Reich haben einen größeren

Personenkreis umfaßt — nur die Ausstände der Bergarbeiter wären da zu nennen —, sicher gab es keine Bewegung, die in höherem Maße die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise weit über die Arbeiterbewegung hinaus auf sich zu lenken verstand, keine Bewegung, die eine größere Sympathie erweckt hat. Selbst die frivolsten Arbeiterfeinde muhten sich der moralischen Macht dieser Bewegung beugen, selbst ein Stumm mußte im Reichstage erklären, daß dieser Streik berechtigt war. Und die gleiche Erklärung erging zaghaft freilich von demselben Bundesratsliche, von dem wenige Zeit nachher die Zuchthausvorlage mit Wärme und Eifer vertreten wurde. Alle Parteien des Reichstages — die freisinnige Volkspartei nur ausgenommen — gestanden die Verpflichtung zu, auf dem Wege der Gesetzgebung Grundlagen zu schaffen für eine Besserung der Verhältnisse der Konfektionsarbeiter und Näherinnen. Damals fiel das Wort, daß die Gesetzgebung sofort einzuschreiten habe, daß die Thatsachen so bekannt seien, so offenkundig ein gesetzliches Einschreiten fordern, daß kein Zögern, kein Aufschub durch neue amtliche Erhebungen begriffen werden könnte. Und was das merkwürdige war, diese Erklärung kam von den Vätern der Nationalliberalen, von dort, wo die großen Unternehmer aus Westfalen die Interessen der Schlotbarone zu vertreten gewohnt waren. Die Herren vom Hausvogteiplatz, von der Kurstraße, von der Alten Leipzigerstraße, das war eben nicht Fleisch vom Fleisch des deutschen Großunternehmertums, das waren nicht die Leute, die durch das Band der Solidarität verbunden waren mit dem Verband mit dem langen Namen, dessen Geschäfte Herr Bued ebenso eifrig wie würdig zu führen versteht. Damals wurde darauf hingewiesen, daß wir seit dem Jahre 1887 amtliche Feststellungen über die Verhältnisse der Näherinnen in der Konfektionsindustrie besitzen, daß schon um deswillen man sofort mit der gesetzgeberischen Arbeit im Interesse dieser so schwer ausgebeuteten Arbeiterinnen beginnen könne.

1887 wurde das Elend in der Konfektionsindustrie amtlich festgestellt, niemanden rührte es in den Kreisen der Negieren oder in denen der bürgerlichen Kreise, kein Wort über das Elend der Hausindustrie entfiel die kaiserliche Votenschaft vom 4. Februar 1890, unberücksichtigt ließ deren Verhältnisse der Arbeiterhaus-Gesetzentwurf des Freiherrn v. Berlepsch, abgelehnt wurden die Anträge der Socialdemokraten, welche bei der Beratung dieses Gesetzes wenigstens das allgemeine Verbot der Kinderarbeit durchsetzen wollten. Da ließen plötzlich in Berlin 30000 Näherinnen und andere Zehntausende in Breslau, Stettin und in weiteren Orten ihre Nähmaschine auf Wochen in Ruhe, da wurde die ganze Presse aller Parteien gezwungen, den Schleier etwas wegzuziehen von dem tiefen, Millionen nicht einmal dem Namen nach bekannten Elend in der Konfektionsindustrie. Die ganze öffentliche Meinung äußerte ihre Sympathie für diese großartige und einmütige Bewegung dieser Bequälten. Da erinnerte man sich erst wieder der Enquete vom Jahre 1887. Niemand wagte die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens zu bestreiten. Aber die eifrigen Einzelmännchen hinter den Coullissen wählten den Ausweg. Zeit gewonnen, alles gewonnen! so hieß es. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik wurde beauftragt, die Verhältnisse in der Kleider- und Wäschekonfektion zu untersuchen. Bis diese Untersuchung fertig war, konnte natürlich von einem gesetzgeberischen Einschreiten nicht gesprochen werden. Bis aber diese Untersuchung abgeschlossen war, war längst das Strohfeder verglommen, das den Reichstag fast zu Tode gezwungen, das den Widerstand jedes socialpolitischen Fortschrittes gebrochen hätte. Diese Politik des Zögerns hatte vollen Erfolg.

Wir haben nun schon längst die Enquete. Es ist uns amtlich bescheinigt, daß die Verhältnisse im Jahre 1896 bedeutend trauriger waren, als im Jahre 1887. Wir wissen dies, und die herrschenden Klassen hindert diese Erkenntnis nicht, diese Zustände sich noch weiter verschlechtern zu lassen. Geht unsre Socialpolitik noch einige Jahre weiter in den gleichen Schreden vor, dann müssen wir gewärtigen, daß nach Jahr und Tag wieder ein weiser Mann vom Bundesratsliche unter dem Beifall der Mehrheit des Reichstages erklärt: Die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens zu Gunsten der Heimarbeiter sei unbestreitbar, doch es sei zuvor notwendig, die Verhältnisse dieser Arbeiterkrachten noch einmal amtlich festzustellen. Unterdessen frist das Uebel immer weiter und weiter, nimmt die Heimarbeit in unheimlicher Weise zu.

Ueber eine Drittel-Million Kinder, die das schulpflichtige Alter noch nicht überschritten, zum Teil noch nicht erreicht haben, sind bei uns hausindustriell thätig. Die unbedeutenden Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und der Arbeiterinnen in Zwischenmeister-Berständen der Konfektionsindustrie hat zur Verdrängung derselben aus den Werkstätten in die reine Heimarbeit, in die Hölle unkontrollierter und schwerster Ausbeutung geführt. War noch 1895 die Lage der Konfektionsindustrie maßgebend für eine Gesetzgebung zu Gunsten der Ausgebeuteten, so hat sich seitdem das Uebel rasend rasch weiter entwickelt, und auch alle übrigen Branchen des Schneidergewerbes ergriffen. Rehnliche Erscheinungen kennen wir aber auch bei der Fabrikation künstlicher Blumen, aus der Sattlerei, der Kleinfischen-Industrie, der Spielwaren-Industrie usw. usw.

Während alljährlich Massen von Papier verschrieben werden, im Interesse des Schutzes der „nationalen Arbeit“, treibt man den feinsten Raubbau mit vielen Hunderttausenden unsrer nationalen Arbeiter.

Es ist wahrlich ein Zeichen für die Disziplin unserer Arbeiterklasse, daß in den Centren der Hausindustrie Verweigerungsaktionen nicht vorkommen. Das momento mori, daß Verhart Hauptmann in seinen Webern den herrschenden Klassen zugerufen hat, es hat nichts geändert an der Schärfe der Ausbeutung! Auch im Reichstage wurde häufig vor allem von der socialdemokratischen Fraktion auf die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens hingewiesen. Alle Kongresse und Generalversammlungen der Organisation der Schneider haben seit 1888 auf die Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Einschreitens hingewiesen. Geändert wurde aber nichts.

Art der Ausbeutung und ihre Größe blieben unberührt durch die Bundesratsverordnung vom 30. Juni 1897, wie durch die letzte Gewerbenovelle. Kein Zweifel, daß es hier nur mit ganz energischen Mitteln möglich ist, zu bessern, mit Mitteln, vor denen die Demokratien Nordamerikas und Australiens nicht zurückschrecken, an die die schneidende preussische Bureaucratie im Traume nicht zu denken wagt. An Energie fehlt es nicht bei der Konzipierung von Zuchthausvorlagen und Unstutzgeboten, aber die größte und zarteste Rücksicht wird auf die Verhältnisse der beteiligten Unternehmungskreise genommen, wo man der schamlosesten Ausbeutung mit kräftiger Hand steuern mußte.

Trotz all' der bösen Erfahrungen will die Organisation der Schneider und Schneiderinnen noch einmal den energischen Versuch machen, durch die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung, Bundesrat und Reichstag zu veranlassen, im Interesse der Konfektionsarbeiter energisch vorzugehen. In ganz Deutschland sollen in den nächsten Wochen Versammlungen stattfinden, in denen eine Resolution vorgeschlagen werden soll, die die Forderungen im Interesse der Konfektionsarbeiter das Mindestmaß dessen, was zu verlangen ist, zusammenfassen soll. Diese Forderungen lauten:

1. Verbot der Rückgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkstattbestimmung.
2. Direkte Ausgabe von Arbeit an die Heimarbeiter und Arbeiterinnen seitens der Unternehmer unter Vermeidung der Zwischenmeister.
3. Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen; in den Werkstätten sowohl wie in den Arbeitsräumen der Heimarbeiter müssen auf den Kopf der beschäftigten Personen je 15 cbm Luftraum kommen.
4. Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über die Sonntagsruhe (§ 105b), des Verbots der Kinderarbeit (§ 136), der Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter (§ 136), der Frauen (§§ 137 und 139a, Absatz 1), der Gewerbe-Aufsicht (§ 139b), insbesondere durch weibliche Aufsichtspersonen, des Erlasses von Arbeitsordnungen (§§ 134a bis 134g) und die Anzeihe des Gewerbebetriebes (§ 14) auf die Hausindustrie und die Heimarbeit.
5. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung auf die Heimarbeiter und Arbeiterinnen.
6. Reich, Staat und Gemeindebehörden sollen Schneiderarbeiten nur unter der Bedingung vergeben, daß die Arbeitsstätte in der der Gewerbe-Ordnung und Gewerbe-Inspektion unterstehenden Werkstätten hergestellt und daß die von Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzten Lohnsätze als Mindestmaß der Entlohnung anerkannt werden.

Es würde leicht sein, diese Forderungen zu kritisieren, von dem Gesichtspunkte dessen, was im Auslande schon durchgeführt ist, und von dem Standpunkte der Wissenschaft und der Praxis, die längst viel weitergehende Forderungen formuliert haben. An solchen Kritiken hat es auch nicht gefehlt sowohl seitens des „Korrespondenzblattes der General-Kommission“ wie aus den Kreisen der Schneiderorganisation selbst. Wir wollen heute diesen kritischen Stimmen nicht unsre zugesellen, wir wollen im Gegenteil für diese Forderungen energisch eintreten. Wir sehen es als eine taktisch kluge Maßregel an, dieses Minimumprogramm dem Reichstag und Bundesrat vorzulegen, wir wünschen nur, daß möglichst zahlreiche Versammlungen und alle stark besucht, diese Forderungen zu den ihrigen machen. Wir wünschen, daß überall eindringliche Kundgebungen stattfinden, damit Bundesrat und Reichstag laut und vernehmlich an ihre Pflicht gemahnt werden, damit wir endlich die Ehrenpflicht eingelöst sehen, die durch die Verpflichtung vom Jahre 1896 den Konfektionsarbeitern gegenüber von den gesetzgeberischen Körperschaften des deutschen Reiches übernommen wurde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 5. Oktober.

Der Staatskommissar.

Nachdem die „Kreuzzeitung“ dieser Tage in einer Beifolgsennotiz Herrn Neubrink als Staatskommissar an Stelle des zweiten Bürgermeisters von Berlin angeregt hat, erklärt sie jetzt, daß die Wiederwahl Kaufmanns überhaupt ungesetzlich sei.

Es beruft sich nämlich auf den § 33 der Städte-Ordnung, in dem es heißt:

Die gewählten Bürgermeister, Beigeordneten, Schöffen und befohlenen Magistratsmitglieder bedürfen der Befähigung. Die Befähigung setzt zu:

1. dem Könige hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10000 Einwohnern,

2. der Regierung hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten, welche nicht über 10.000 Einwohner haben, sowie hinsichtlich der Schöffen und der besoldeten Magistratsmitglieder in allen Städten, ohne Unterschied ihrer Größe.

Wird die Bestätigung verweigert, so schreibt die Stadtverordneten-Versammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist die Regierung berechtigt, die Stelle einstweilen auf Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen.

Dasselbe findet statt, wenn die Stadtverordneten die Wahl verweigern, oder den nach der ersten Wahl nicht Befähigten wieder erwählen sollten.

Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordneten-Versammlung, deren wiederholte Vornahme ihr jeder Zeit zusteht, die Bestätigung des Königs bez. der Regierung gefunden hat.

Es gehört schon die ganze „Kreuz-Zeitung“-Logik dazu, eine im Gesetz ausdrücklich vorgesehene Eventualität als — ungesetzlich zu behaupten. Die Stadtordnung erkennt selbst das Recht der Wiederwahl an, indem sie aus diesem Recht wieder Rechte der Regierung und des Königs ableitet.

Die Stadt hat das gesetzliche Recht zur Wiederwahl. Uebt sie es aus, so haben die Aufsichtsbehörde oder die Krone ihrerseits die Berechtigung — nicht die Verpflichtung —, ohne weiteres einen Staatskommissar zu ernennen. Diese Instanzen können allerdings — das ist der „Kreuz-Ztg.“ zugunsten — von jenem Recht Gebrauch machen, sie müssen es aber nicht. Es steht ihnen frei, auf eine Wiederwahl mit einer Bestätigung zu antworten. Aber man darf freilich auch sofort einen Staatskommissar in die Stadtverwaltung schicken.

Wir unsererseits haben nicht das mindeste dagegen, wenn man unverzüglich zu dieser Maßnahme schreitet und eine Person, deren Militärpapiere und bürgerliche Befähigung in Ordnung sind, zum Staatskommissar ernimmt. Die Stadt hat dann jederzeit die gesetzliche Möglichkeit, eine Neuwahl vorzunehmen und etwa einen Socialdemokraten als zweiten Bürgermeister zu präsentieren. Daß eine solche Wahl durchaus gesetzlich wäre und die betreffenden Instanzen zu einer neuen Entscheidung nötigen würde, wird auch die „Kreuz-Zeitung“ nicht leugnen.

Die badischen Landtagswahlen.

Der Verlust der beiden Karlsruher Mandate, die die Socialdemokratie vor vier Jahren mit 223 gegen 193 nationalliberale Wahlmänner erobert hatte, kam, das kann nicht geleugnet werden, einigermassen überraschend, wenn auch nicht verdammt werden konnte, daß es für unsere Karlsruher Genossen des Aufgebots aller Kräfte bedürfen würde, auch diesmal dem Ansturm der Gegner siegreich Stand zu halten. Hatten sich heuer doch die „Freisinnigen“ Nichterfahrener Observanz mit den Nationalliberalen zum schwachen Bund zusammengefunden, während auch das Centrum aus seiner früher entschieden regierungsfreundlichen Stellung heraus eine merkliche Schwelung nach der gubernementalen Seite gemacht hatte und seine Wähler sich entweder der Stimme enthalten oder größtenteils sogar für die nationalliberal-freisinnigen Kandidaten eingetreten sein mögen.

So erklärt sich denn aus der veränderten Konstellation das Zurückgehen der socialdemokratisch-vollparteilichen Wahlmänner. Hoffentlich ist die Niederlage ein Ansporn für unsere Karlsruher Parteigenossen, raslos die Agitation aufzunehmen, damit sie bei der nächsten Wahl trotz der Koalition der Gegner den Sieg wieder an ihre Fahne heften.

Schmerzliche werden die badischen Genossen auch den Verlust von Pforzheim-Stadt empfinden. Vor zwei Jahren hatte unser Genosse Oppicius das eine Mandat mit der anscheinlichen Mehrheit von 96 gegen 69 nationalliberale Wahlmänner erobert, während sich jetzt das Verhältnis umgekehrt hat, nämlich die Liberalen es auf 98, die Socialdemokraten nur auf 68 Wahlmänner brachten. Man hätte annehmen sollen, daß durch das vor wenigen Tagen gegen Oppicius gefällte Gerichtsurteil, das ihn seines Mandates für verlustig erklärte und das den Stempel eines wenn auch unbewährten politischen Tendenzurteils an der Stirn trug, die Wahlausichten des an Oppicius Stelle aufgestellten socialistischen Kandidaten Blum nur verbessert worden wären. Man wird zur Erklärung dieser Niederlage die Darlegung unserer badischen Genossen abwarten müssen.

Diesen drei Niederlagen steht nur die Neuerobierung eines Wahlkreises gegenüber: der Sieg in Pforzheim-Land. Während die Socialdemokratie es bei den letzten Wahlen dort erst auf 66 von 159 Wahlmännerstimmen brachte, hat sie diesmal die Mehrheit erungen.

Ueber das Gesamtergebnis der Wahl meldet noch ein Wolffisches Telegramm das Folgende:

Das Ergebnis der gestrigen badischen Landtagswahlen ist nach der „Neuen badischen Landeszeitung“ folgendes: Die Nationalliberalen gewinnen 2 Mandate in Karlsruhe und ein Mandat in Lörrach-Land, verlieren aber Pforzheim-Land. Das Centrum gewinnt nichts und verliert nichts. Die Socialdemokraten gewinnen Pforzheim-Land, verlieren aber zwei Mandate in Karlsruhe. Die Freisinnigen gewinnen ein Mandat in Karlsruhe, verlieren aber Lörrach-Land. Die Antisemiten gewinnen nichts und verlieren nichts. Die Konservativen verlieren wahrscheinlich Durlach-Land. Demnach werden gewählt werden: 13 Nationalliberale, 12 Mitglieder des Centrums, 2 Socialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Freisinnige und 1 Antisemit. Die Zweite Kammer wird also bestehen aus 25 Nationalliberalen, 22 Mitgliedern des Centrums, 6 Socialdemokraten, 5 Demokraten, 2 Freisinnigen, 2 Konservativen, 1 Antisemiten, 1 Bauernbündler.

Die „Freisinnige Ztg.“ jubelt über den „glänzenden Sieg“, den ihre Männer im Verein mit den Nationalliberalen über Socialdemokraten und Vollparteiliche davongetragen hatten.

Damit habe die Großsprecheri und die Hege insbesondere der „Frankf. Ztg.“ gegenüber der Freisinnigen Volkspartei den verdienten Absehlag gefunden. Wie zu erwarten gewesen, suchte sich das Blatt über diesen Ausweg zu retten durch einen wüsten Schimpfsartikel.

Der „wüste Schimpfsartikel“ der „Frankfurter Zeitung“ fällt folgendes, unfreies Erachtens noch sehr gemäßigter Urteil über den schmählichen Freisinnsschacher:

Die Fische werden in erster Linie die Freisinnigen zu zählen haben. Diese werden an dem Gewinn des einen Karlsruher Mandats große Freude kaum erleben; haben sie es doch erkaufte mit der Preisgabe ihrer politischen Grundfrage, und sie werden das mit einer erheblichen Einbuße an politischem Kredit zu bezahlen haben. Der Sache des Fortschritts und der politischen Freiheit haben sie jedenfalls Wunden geschlagen, die leicht die eigne Partei zum Verbluten führen können.

Deutsches Reich.

Eine bittere Enttäuschung ist der „Germania“ bereitet worden. Ihre Freunde darüber, daß der junge Spahn, Sohn des alten Centrums-Spahn, als Professor der Geschichte an die Straßburger Universität berufen worden war, war begreiflicherweise eine nicht geringe. Aber böartige Gesellen gönnten ihr diese reine Freude nicht und lancierten alsbald die Notiz in die Presse, daß der junge Professor für katholische Gesinnung innerlich „anti-ultramontan“ sei, ja daß er sich als Privatdocent in Berlin wiederholt zustimmend zu dem Vorgehen des Erz-Jesuiten Grafen Hoensbroech geäußert habe. Die „Germania“

wandte sich alsbald an den derartig Verdächtigten, leider aber nur mit dem Erfolge, daß ihr der 28-jährige Herr Professor die Beichte ablegen mußte, daß das ihm nachgelagte leider wahr sei. Ja, er habe sogar dem Grafen Hoensbroech seine Mitarbeiterschaft für die unter seiner Mitwirkung erschienenen „Tägliche Rundschau“ in Aussicht gestellt, doch sei es glücklicherweise bei der Abicht geblieben.

Die „Germania“ bekennt demgegenüber klugend, daß „diese Enttäuschungen in den weitesten Kreisen des katholischen Volkes das peinlichste Aufsehen hervorgerufen und das Aneben des jungen katholischen Disziple auf das empfindlichste schädigen werden“. Schließlich aber tröstet sich das Blatt damit, daß es demselben das in den Händen habe, daß der junge Spahn heute wesentlich anders denke, als wie vor Jahren. Und schließlich sei zu wenigstens die Abicht einer Mitarbeiterschaft an der „Täglichen Rundschau“ eine Gedankensünde geblieben.

Leider ist nur auch die „Germania“ hierin. Denn Graf Hoensbroech erklärt entgegen der Versicherung des Herrn Spahn, daß derselbe hauptsächlich einen Artikel in der „Täglichen Rundschau“ publiziert habe!

Was wird die „Germania“ jetzt vollends sagen! Nun, die Affäre spielte vor 3 Jahren. Heute, im Alter von 28 Jahren, ist Herr Spahn schon viel besonnenener und abgeklärter, so daß er sich mit 30 Jahren bereits zum überzeugten Verfechter ultramontaner „Wissenschaft“ durchgemauert haben kann.

Agarische Königsstene. Die württembergische Abteilung des Bundes der Landwirte richtet in einem Flugblatt „ein offenes Wort“ an die Staatsregierung. Nachdem der Regierung vorgeworfen, daß sie die „Königsstene, vaterländische, lebhafte und geordnete Bevölkerung“ mit ihren Wünschen nicht berücksichtigt habe, heißt es:

„Es war von jeder der Stolz unfres württembergischen Fürstenhauses, zu seinen Bauern zu halten, und der württembergische Bauernstand hat diese treue Fürsorge mit treuer Anhänglichkeit an das angekommene Fürstenhaus vergolten. Heute handelt es sich allen Erstes darum, ob dieses alte Verhältnis gekürzt werden soll oder nicht. Industrie und Arbeiterkraft genießen durch bedeutenden Zollschutz, dessen beträchtliche Erhöhung in Aussicht genommen ist, eine weitgehende Staatshilfe. Die Gerechtigkeit gebietet, daß auch der Landwirtschaft in gleicher Weise die Fürsorge des Staates zu teil werde und deshalb wenden wir uns mit diesem offenen Wort an unsere Regierung.“

Die Agrarier drohen also „allen Erstes“ mit einer Revision ihres monarchischen Gefühls, wenn der König nicht für genügend starken Brotwucher sorgt.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ kürzlich eine Majestätsbeleidigung einem Könige m o d gleich erachtete, was auch sie erst von dem bündlerischen Monarchismus sagen, für den das monarchische Gefühl lediglich eine Zollfrage ist! Bei dem 7,50 Mark-Zoll ist man begehrteter Monarchist, mit 5 Mark nur noch Vermittlungsmonarchist, bei 4,50 wird man indifferent, und bei 3,50 Mark wird man republikanisch und geht unter die Socialdemokraten!

Verwendete Fürsten, die auf solche tarifmäßig abgetönte Treue zählen dürfen! —

Die „Freisinnige Zeitung“ verteidigt noch immer mit Löwenmut die jämmerliche Berliner Kommunal-Resolution in Sachen der Lindenfrage, obwohl sie gerade ihre eignen Haltung völlig widerspricht. Heute hat sie eine neue Finte gefunden, um den Widerspruch zu verhehlen. Sie meint nämlich:

„Die „rettungslose Verlegenheit“ der Socialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung wurde dadurch gekennzeichnet, daß sie zwar die von den bürgerlichen Parteien beantragte Resolution bekämpfte und in jeder Weise herabzuziehen bemüht war, aber selbst sich völlig anker stande sah, ihren eignen Standpunkt in einer Resolution zu formulieren.“

Glauht das biedere Organ wirklich, daß die socialdemokratische Fraktion unfähig wäre, binnen fünf Minuten zehn verschiedene Resolutionen abzufassen, die sämtlich in würdiger Form die Sache kennzeichnen?

Wir könnten uns auch freisinnige Resolutionen denken, die angemessener wären. Was hält die „Freisinnige Zeitung“ etwa von folgender freisinnigen Resolution:

„Die Entscheidung des Trägers der Krone in Sachen der Neuerung der Straßenbahn über die Linden steht im Widerspruch mit dem Interesse der Stadt, wie es von den Kommunalbehörden vertreten wird, und ist geeignet, dem Monarchen, weil es sich in diesem Fall um eine persönliche Kabinettsregierung handelt, auch in einen persönlichen Gegenstand zu bringen zu der Bevölkerung, der am wenigsten zuträglich erscheint für eine Haupt- und Residenzstadt, zumal wenn man erwägt, daß nach dem Ausweis der Wahlstatistik drei Fünftel der Einwohner derselben socialdemokratischen und damit republikanischen Ansichten huldigen.“

Wir erlauben die „Freisinnige Zeitung“ zu erklären, ob sie solche Resolution gutheißen würde? —

Ein prügelter Unteroffizier stand in der Person des Unteroffiziers Wenzig vom Feld-Artillerie-Regiment v. Penker vor dem Kriegsgericht in Breslau. Er hatte einem Soldaten, der mit einem andern Streit hatte, befohlen, eine Ohrfeige auszugeben und da der Aufgeforderte nach des Unteroffiziers Meinung zu schwach seinen Gegner überfiel, verurteilte der Unteroffizier dem Mann, der gegen seinen Kameraden nicht so groß sein wollte, einen Vadenstreich, daß der Mann im Lazarett behandelt werden mußte. Der Angeklagte erhielt die schwere Strafe von sieben Tagen Mittelarrest.

Aus Schwedwig-Vollstein schreibt man uns: Den Köller sind wir los, die Köller ist geblieben. Seit dem Weggang des großen Germanisators sind schon wieder in mehreren Fällen Ausweisungen von Bauernkräften und „Meiereidern“, die den Bestand des preussischen Staats gefährden, erfolgt. Doch vielleicht sind das die Tolentpfer, die dem dahingegangenen Dänen-Schlagerboder von dem Trauertröner seiner Amtsvorsteher und Landräte dargebracht werden. Aber auch die Versammlungspraxis funktioniert noch in Stille des vorigen Oberpräsidenten weiter. So wurde am vergangenen Sonntag in Estrup eine Versammlung aufgestellt, in der der Landtags-Abgeordnete Hansen einen Vortrag über den alten Grenzwall im Danewerk hielt. Als Grund der Auflösung gab der überwachende Amtsvorsteher hier die Anwesenheit „freier Unterthanen“ an. Die „Dejndal“ erfährt, war die Tochter eines Optanten aus Döppel im Saale anwesend. Die Abhaltung einer andern Versammlung, die von Herrn Hansen für denselben Abend angemeldet war, wurde von vornherein unterlag, die unteren Verwaltungsbereiche schienen sich demnach in Köllers Methode eingelebt zu haben, daß sie schon auf eigene Faust zu gemannieren sich heranzunehmen. Es muß toll hergegangen sein, denn in der letzten Nummer seines Kreisblattes sieht sich der Landrat Becherer von Hadersleben genötigt, eine Verfügung zu erlassen, in der es heißt:

„Da es in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß die Amtsvorsteher und Polizeibehörden des Kreises selbständig Ausweisungen vorgenommen haben, erinnere ich aufs neue an die Regierungsverordnung vom 10. April 1890, wonach Ausweisungsbefehle erst ausgestellt werden dürfen nach eingeholter Entscheidung des Landrats. Der Landrat verpflichtet die genannten Polizeibehörden, diese Regierungsverordnung sorgfältig zu beachten.“

Wird nun der Landrat resp. die Regierung die Gründe, welche die zurückgewiesenen Behörden zu ihren Maßregeln veranlassen haben, nachprüfen und unzureichend begründete Ausweisungen rückgängig machen? —

Die Zolldebatte in der bayrischen Kammer. Die Besprechung der Interpellation über den Zolltarif-Vorwurf wurde auch am Sonnabend noch nicht zu Ende geführt. Friedel (Konservativ) und Gerstenberger (Centrum) traten warm für die Landwirtschaft ein, welcher nur ein ergiebiger Zollschutz dessen könne. v. Haller (Socialist) sah alle Gründe zusammen, welche die Socialdemokraten gegen den Zolltarifvorwurf geltend machen. Schirmer (Centrum)

legte dar, daß die katholischen Arbeiter den Wohlstand der Landwirtschaft anerkennten und deshalb für Zollschutz eintreten, während es der Socialdemokratie in der ganzen Frage nur auf Agitation ankomme. Weiterberatung Montag.

Reichsländliche Rechtsicherheit. Eine Versammlung der Filiale Wülhausen i. Elb. des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ist am letzten Donnerstagabend durch ein Aufgebot von 12—14 Schutzeleuten mit dem Polizeikommissar an der Spitze polizeilich gesprengt worden. Zugleich sind der Leiter der Filiale und der Wit der Versammlungsführer unter Anklage gestellt wegen Ungehorsamkeit gegen ein nicht genehmigtes Verein bzw. Ueberlastung des Lokals an einen solchen. Die Anklageurtheil stützt sich auf die Artikel 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 10. April 1834 und Artikel 291 des Code pénal (französisches Strafgesetzbuch).

Ein ähnliches Vorgehen, wenn es auch noch nicht bis zur Erhebung der öffentlichen Mlage gediehen ist, wird von den Behörden in Gohweiler und Sennheim beliebt, wo der Deutsche Textilarbeiter-Verband gleichfalls Filialen besitzt oder zu bilden im Begriffe war. Es zielt, wie durch die Verfügung des Bezirkspräsidenten des Oberelb. vom 28. August d. J. veranlaßt worden ist, darauf ab, die jugendlichen und weiblichen Arbeiter der Textilbranche von der Organisation fernzuhalten.

Hoffentlich macht das Landgericht Wülhausen, vor welchem der Fall demnächst zur Verhandlung kommen muß, dem Volskreiter, der im Oberelb. als Bezirkspräsident amtiert, ebenso gründlich wie vor zwei Jahren das Landgericht Weg dem Freiherrn v. Hammerstein klar, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter selbst im kaiserlichen Lande der Diktatur respektiert zu werden verdient. —

Ausland.

Dänemark.

Thronrede. Der Reichstag ist am Sonnabendmorgen durch den König feierlich eröffnet worden. Der König verlas folgende Thronrede: Nach vielen Jahren haben wir wieder gewünscht, persönlich dem Reichstage unsere künftigen Grüns bei Beginn der Session zu entbieten. Bei der Ernennung unfres neuen Ministeriums haben wir dem Wunsch der Mehrzahl des Volkes entsprochen, indem wir die Leitung der Regierung Männern übertrugen, welche auch das Vertrauen des Volkes besitzen und wir hegen das feste Vertrauen, daß es uns vergönnt sein wird, ein fruchtbares Zusammenarbeiten zwischen dieser unser Regierung und dem Reichstage zu sehen. Es ist unser sichere Hoffnung, daß es dadurch gelingen wird, dem großen Ziel näher zu treten, nämlich: Nach Außen Wahrung der Selbstständigkeit unfres Landes und freundschaftliches Verhältnis zu den fremden Mächten; nach Innen Entwicklung der bürgerlichen und politischen Freiheit und Hebung des geistigen und ökonomischen Lebens des Volkes. Sobald es möglich ist, werden unsere Minister nach und nach Gesetzesvorlagen einbringen, welche die Erfüllung des Versprechens des Verfassungsgesetzes bezüglich einer Verbesserung des Justizwesens, einer besseren, unseren Verhältnissen angepaßten Ordnung des Verteidigungswesens und einer zweckmäßigen Verteilung der Steuerlasten bezwecken, sowie weitere Vorlagen, welche zur Hebung des gewerblichen, des kirchlichen Lebens und zur Entwicklung der kommunalen Verhältnisse dienen. Möge es auf dieser, sowie auf allen andern Gebieten gelingen, ein volles Einverständnis zu erreichen.

Norwegen.

Das Ausgabenbudget des Departements des Innern ist für den kommenden Budgettermin auf 2.161.968 Kronen veranschlagt. Hiervon sind für statische Zwecke 174.858 Kronen angelegt, für die Reichsversicherung - Anstalt 155.000 Kronen, die Seefischerei 446.883 Kronen, für ausländische Angelegenheiten 773.210 Kronen. — Für die Fabrikaufsicht, deren Budget gegenwärtig auf 50.681 Kronen festgesetzt ist, sollen jetzt 63.619 Kronen aufgewendet werden. Es wird eine wesentliche Umgestaltung und Verbesserung der Fabrikaufsicht geplant. Für die Dampfkegel-Inspektion soll ein besonderer Beamter angestellt werden. Gegenwärtig werden die eigentlichen Dampfkegel- und Dampfbehälter-Proben von 6 über das ganze Land vertheilt. Die Aufsicht-Assistenten ausgeführt. Die Durchsicht der Berichte und Berechnungen dieser Assistenten nimmt den größten Teil der Zeit der Fabrikinspektoren in Anspruch. Sie sollen in Zukunft dem Assistenten unterstellt werden und als Assistenten fungieren. Den älteren Fabrikinspektoren sollen neue Assistenten zur Seite gestellt werden. Die Ausgaben für diese Neuerungen sind auf 11.000 Kr. veranschlagt. —

Spanien.

Karlistenmorde. Aus Madrid wird gemeldet: Das Gerücht bezüglich einer bevorstehenden Erhebung der Karlisten bestätigt sich. Eine Proklamation des Präsidenten ist in Barcelona in zahlreichen Exemplaren verbreitet worden. —

Amerika.

Vom südamerikanischen Kriegsschauplatz. Eine Depesche aus Villenas (Caracas) meldet: Präsident Castro befahl am vorigen Montag die sofortige Verhaftung aller Anhänger der Nationalistenpartei in Venezuela. Infolge dieses Befehls ist es bereits an mehreren Orten zu Aufständen der Nationalisten gekommen, und es dürften noch mehr solche an andern Orten vorfallen. Am 26. September hat der Präsident Castro seinem Bruder und dem General Uribe Uribe, welche den Oberbefehl über die an der Grenze beim Lagaira-Flusse stehenden venezolanischen Truppen führen, Befehl erteilt, die Columbiere und Rangel Gardias anzugreifen; später wurde jedoch befohlen, den allgemeinen Angriff um vier Tage hinauszuschieben. Derartige Befehle, die ebenfalls schnell widerrufen wurden, sind in letzter Zeit häufig nach der Grenzergangen. —

Der Boeren-Krieg.

Dafür, daß wir der eintretenden warmen Jahreszeit die Boeren wieder den Kampf mit aller Energie angenommen haben, zengten nicht nur die heftigen Kämpfe der verflochtenen 14 Tage, sondern auch die zahlreichen Schanzkämpfe, über welche heute Nachrichten vorliegen. Eine Reihe derselben erzählt von dem Zurückwerfen der Boeren, von der Gefangenennahme einer Anzahl derselben, kurz stellt die Befehle so dar, als ob die Engländer gut bei demelben abgeknitten hätten. Diese Darstellung ist aber sicher eine ebenso unwahrscheinliche, wie die der letzten größeren Gefechte, bei denen Hunderte von Boeren gefangen und andre Hunderte gefangen sein sollen, die aber höchst wahrscheinlich in Wirklichkeit schwere Schicksale der Engländer darstellten. Daß sie bei diesen Gefechten schwere, in die Hunderte gehende Verluste an Toten und Verwundeten hatten, ist von den Engländern ja selbst zugegeben worden. Wahrscheinlich aber waren diese Verluste um ebensoviele beträchtlicher, als die Boerenverluste geringer waren. Denn wenn die Boeren, wie das englische Kriegsamt das behauptet, seis und immer nur blutige Wunden erlitten, so wäre es ganz unbegreiflich, wie sie immer wieder von neuem zum Angriff übergehen, wie sie vor allen Dingen aber unter den Russländern immer neue und immer zahlreichere Parteiläufer finden konnten. Da sich unzweifelhaft Tausende und aber Tausende von Russländern den Boeren, und zwar auch in der allerletzten Zeit noch, angeschlossen haben, ist es gar nicht anders möglich, als daß die Engländer die Situations- und Gefechtsberichte systematisch gefälscht und ein vollständig falsches Bild der Kriegslage gegeben haben. Unter diesen Gesichtspunkt sind denn auch die heutigen Nachrichten über zahlreiche neue Schanzkämpfe zu beurteilen, die jedenfalls das eine beweisen, daß die Boeren sich an allen Ecken und Enden regen und sowohl ins Zululand als auch in das Kapgebiet immer neue Wüstungen zu werfen versuchen. Die betreffenden Telegramme lauten:

Kapstadt, 4. Oktober. Das Kommando Krügingers, welches auf 200 Mann geschätzt wird, versuchte dreimal, den Dampfschiff zu überfallen, um in die Kapkolonie einzufallen, doch wurde es immer zurückgeschlagen.

Vloerfontein, 3. Oktober. Oberst Cole geriet gestern mit Marais' Kommando in ein Gefecht. Zwei Boeren wurden getötet, 22 gefangen genommen.

Waiesfontein, 4. Oktober. Sheepers Kommando, welches 200 Mann stark ist, stieß gestern mit den Truppen des Oberst Sterton bei Calldorp zusammen. Auf britischer Seite fiel ein Mann.

Middelburg, 2. Oktober. 200 Boeren griffen die Missionsstation Votabilla, sechs Meilen von Middelburg, an. Die zur Station gehörenden Eingeborenen verteidigten dieselbe, bis Truppen aus Middelburg eintrafen, worauf die Boeren sich zurückzogen. Vier Eingeborne wurden getötet.

Pietermaritzburg, 4. Oktober. Der „Natal Times“ zufolge wurden in einem Gefecht mit etwa 150 Boeren in der Nähe von Helpmalaar mehrere Natal-Freiwillige verwundet.

Nasern, 3. Oktober. Bei Zimmersberggriffen 900 Boeren eine aus Neomantje und berittener Infanterie bestehende, 200 Mann starke Abteilung an, zogen sich jedoch, nachdem sie mehrere Salven abgegeben hatten, zurück. Die Engländer verfolgten sie und nahmen den Kommandanten Dreher, den Feldwebel van Buuren und 10 Boerenlumpen, meistens Anabell gefangen. Dreher und van Buuren sagten, daß die noch im Feld stehenden Boeren mit Lebensmitteln reichlich versehen sind.

Ein neues größeres Gefecht?

Nach einer Meldung aus Durban verläuft dort gerüchtesweise, die Truppen des Generals Botha hätten im Norden von Natal ein großes Gefecht mit der Brigade Botha, dem dritten und siebenten Dragoner-Regiment und mehreren Batterien Artillerie gehabt. Das Resultat dieses Gefechtes ist noch nicht bekannt.

London, 5. Oktober. (V. G.) Winston Churchill hielt Freitagabend in Shalworth eine Rede über den Krieg, worin er die Lage in Südafrika als nicht besser, wenn nicht schlimmer als vor einem Jahre hinstellte. Der Redner trat für eine baldige Einstellung der Feindseligkeiten ein.

Die städtische Verkehrsdeputation

hat sich unter Vorsitz des Oberbürgermeisters am Sonnabend in vierstündiger Sitzung u. a. auch mit der vom Kaiser nicht genehmigten Straßenbahnlinie (Ueberquerung der Linden im Straßenniveau) beschäftigt.

Ohne Widerspruch zu finden wurde allseitig betont, daß das vorgelegte Projekt aus finanziellen, technischen und Verkehrsbedenken nicht dem kaiserlichen Diktum „Wird unterirdisch gemacht“ entsprechend abgeändert werden kann. Nach längerer Diskussion beschloß die Deputation, durch eine dem Stadtvorstand übertragene Prüfung festzustellen, welchen Abänderungen das in Aussicht genommene städtische Straßenbahngesetz unter Verzicht auf die Ueberquerung der Linden etwa unterzogen werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Zulassung von Straßenlokomotiven

auf öffentlichen Straßen zum Transport von Lasten für das Weichbild von Berlin aus Verkehrs- und Sicherheitsbedenken abgelehnt. Der Antrag der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (Siemens u. Halske) um Genehmigung zur Vermietung einer in einem Pfeiler der Hochbahn in der Nähe des Wasserthorhens einzurichtenden Verkaufsstelle, wurde abgelehnt, um den Durchblick und die Benutzung der Promenade nicht zu beeinträchtigen. Vor längerer Zeit hatte die Verkehrsdeputation den Polizeipräsidenten um die grundsätzliche Genehmigung einer

Unterpflasterlinie Nord-Süd

ersucht. Der Polizeipräsident teilte mit, daß er, obgleich dem Plane sehr wohlwollend gegenüberstehend, die grundsätzliche Genehmigung nicht erteilen könne, sondern die Genehmigung von der Prüfung der Spezialprojekte abhängig machen müsse.

Nach eingehender Erörterung beschloß die Deputation, dem Polizeipräsidenten mitzuteilen, daß es in Rücksicht auf die nicht unbedeutenden Kosten der Vorarbeiten wünschenswert sei, zu wissen, ob dem städtischen Plane grundsätzliche Bedenken entgegenstehen. Das entgegenkommende Schreiben veranlasse die Deputation zu der Annahme, daß vorbehaltlich der Prüfung des Projekts im einzelnen, der Polizeipräsident gewillt sei, die Errichtung einer städtischen Unterpflasterbahn vom Norden nach dem Süden der Stadt polizeilich zu genehmigen. Sollte diese Annahme jedoch nicht zutreffen, dann wird um Nachsicht gebeten, damit die Verkehrsdeputation nicht zwecklos städtische Mittel für die Vorarbeiten verwendet.

Die der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske genehmigte Straßenbahnlinie

Warschauer Brücke—Bischhof

ist fertiggestellt und hat die Deputation davon Kenntnis genommen, daß der Betrieb dieser Linie durch Siemens u. Halske gefahret wird.

Mit der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft haben die Verhandlungen über den Zeitpunkt, von dem an die Gewinnbeteiligung der Stadt — nachdem die Hälfte des Bahnnetzes für elektrischen Betrieb eingerichtet war — eintritt.

Die Mitteilungen der Gesellschaft sollen durch Vorlegung des betreffenden Aktenmaterials nachgeprüft werden, wozu sich die Gesellschaft bereit erklärt hat.

Der Deputation ist ein Entwurf zu einer Polizeiverordnung betreffend die

Beschränkung des Straßenhandels

vom Magistrat zur Vorbereitung überwiesen. Der vom Polizeipräsident vorgelegte Entwurf will in einer großen Anzahl von Straßen jeden Straßenhandel, sowie das Verteilen von Aeklamationen, Geschäftsempfehlungen aller Art, Bekanntmachungen und Aufzügen gänzlich unterliegen. Auf einer andern ebenfalls großen Anzahl von Straßen und Plätzen soll der Straßenhandel unter Zuhilfenahme von Fuhrwerk aller Art (einschließlich Handwagen, Dumbwagen und Schablären) unterliegen. Korbe, Kisten und andre Behälter sollen nur so groß sein, daß sie von einer Person bequem gehandhabt werden können.

Da, wo der Straßenhandel ganz untersagt werden soll, ist der Polizei vorbehalten, für den Handel mit Blumen sowie mit Zeitungen, Extrablättern usw. dem bestehenden Bedürfnis entsprechend und auf geeigneten Straßenstreifen in beschränktem Umfang die Genehmigung zu erteilen.

In der Deputation herrschte volle Einmütigkeit

darüber, daß der vorgelegte Entwurf nicht die Billigung der städtischen Körperschaften finden dürfe. Von mehreren Seiten wurde energisch betont, daß es sich um eine Unterdrückung des Straßenhandels handle und daß man den Straßenverkauf von Zeitungen usw. nicht unter die Notwendigkeit der Polizei stellen könne. Man solle sich an den Gedanken, in einer Großstadt zu leben, gewöhnen und sich nicht durch nervöse Klagen über Geräusch und angebliche Verkehrsstörungen zu Polizeimaßregeln verleiten lassen, die eine Unterbindung des Handels zur Folge haben müßten.

Ein Teil der Deputation beantragte, dem Magistrat Ablehnung der Verordnung vorzuschlagen. Andre Mitglieder der Deputation wünschten durch eine Kommission in eine Prüfung darüber einzutreten, in welchem Umfang eine solche Verordnung bei vollem Schutze der berechtigten Straßenhandels möglich sei. Auch von den Beiratsmitgliedern einer weiteren Beratung der Verordnung wurde ausdrücklich betont, daß es sich nur um ganz

wenige Straßenzüge

und Plätze handeln könne, an denen aus Verkehrsbedenken eine Beschränkung des Straßenhandels am Platze sein möchte und daß namentlich nicht daran gedacht wird, Straßenhandel mit Blumen, Zeitungen etc. nur ausnahmsweise auf Bewilligung der Polizeibehörde stattfinden zu lassen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Kommissionsberatung bei Stimmengleichheit — wobei die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gab — angenommen.

Der Berlin-Charlottenburger und der Großen Berliner Straßenbahn waren von der Verkehrsdeputation **Geldausweise** in der Altonaerstraße bezw. am Großen Stern unter der Bedingung gestattet worden, daß die Gesellschaften den Fahrpreis von 10 Pf. für die ganze Linie des Gemeinschaftsbetriebes einführen.

Die Gesellschaften wollen auf diese Bedingungen nicht eingehen, wovon die Deputation unter Ablehnung der nachgelagerten Genehmigung Kenntnis nimmt. Die Gemeindebehörden hatten an den Neubau einer

Brücke bei der Museumsinsel

die Verbindung geknüpft, daß die vor dem Finanzministerium und hinter dem Steinhause liegenden Straßenbahngeleise, deren Legung vorläufig nur auf Widerruf gestattet ist, dauernd genehmigt werden.

Auf einen an den Polizeipräsidenten in dieser Angelegenheit gerichteten Antrag antwortete derselbe, daß er die Genehmigung erst in Erwägung ziehen wolle, wenn der Neubau der Brücke zur Genehmigung vorgelegt wird.

Die Deputation beschloß, dem Magistrat zu empfehlen, die Angelegenheit der Baudeputation zur weiteren Verächtigung zu überweisen.

Der Vorstand der

Innerehaltungskasse

der Großen Berliner teilt mit, daß von 5746 Angestellten dieser Gesellschaft 207 Personen noch nicht der Kasse beigetreten sind und wünscht die Einwirkung des Magistrats, um alle Angestellten zum Beitritt zu veranlassen. Die Deputation hat keine Möglichkeit, diesen Wunsch zu erfüllen, da diese Angelegenheit nach der Errichtung der Kasse ein Internum der Gesellschaft und ihrer Angestellten ist.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kongreß fortschrittlicher Frauenvereine

nahm endlich am Freitag nach den durch die Polizei herbeigeführten Unterbrechungen im Saale des Industriegebäudes seine Verhandlungen wieder auf.

Mit den Worten „Wir sind unter Dach und Fach“ begann Frau Gaier ihre Ansprache an die Versammelten, die sie das, nicht der Zeitung irgend welche Nachlässigkeit oder Veräumnis zur Last zu legen, durch welche die Polizei ein Recht erlangt hätte, einzugreifen; die Zeitung hätte genau so verfahren wie bei früheren Anlässen, nur die Polizei habe ihr Verhalten geändert.

Fraülein Pappig weist darauf hin, daß die dem Kongreß zu teil gewordene Behandlung auf das rücksichtloseste psychische Verletztes zurückzuführen sei, und ersucht die Anwesenden mit ihr in den Ruf einzustimmen: „Rieder mit dem preussischen Verfassungsgesetz!“ Der Ruf wurde zwar nicht wiederholt, aber lebhaftes Beifallsrauschen bewies die Zustimmung der Anwesenden.

Darauf erhielt Fraülein Helene Stöcker das Wort zu dem Vortrage über „die gemeinschaftliche Erziehung der Geschlechter“:

Als Frauen haben wir uns in erster Reihe mit der Erziehung zu beschäftigen; doch läßt sich diese nicht vom gesamten Kulturleben des Volkes abgegliedert behandeln, deshalb müßten Anabenerziehung und Volkserziehung überhaupt gleichzeitig mit betrachtet werden, weil kein einzelner Teil vernachlässigt werden kann, ohne daß das Ganze darunter leide. Die Erziehung der Mädchen entspricht durchaus nicht den Anforderungen, die unsre Zeit an sie stellt und stellen muß.

Die Erziehung der Mädchen sei lange Zeit überhaupt gänzlich unberücksichtigt geblieben, erst von den Pietisten sei einiges Gewicht auf dieselbe gelegt worden. Rousseau und die Philanthropen hätten als Ziel der Mädchenerziehung hingestellt, daß das Weib dem Manne wohlgefällig werde. Auch unsre Staatsleitung halte die Erziehung des weiblichen Geschlechts für weit weniger wichtig, als die des männlichen, da für höhere Anabenerziehung 12 1/2 Proz. und für höhere Mädchenerziehung nur 2 1/2 Proz. ausgewendet werden.

Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts seien einige Fortschritte in der höheren Mädchenschulbildung zu verzeichnen; jedoch hätte nicht der Staat, sondern die Gemeinde das, was reichlich ins Werk gelegt; es sind städtische Schulen, in welchen die Mädchen eine etwas bessere Bildung erhalten als zuvor.

Um dem Bildungsbedarf des weiblichen Geschlechts in etwas Genüge zu verschaffen, habe man in Ermangelung anderer Wege zur Gründung von Gymnasialkursen für Erwachsene gegiffen, und wer das Streben des Weibes nach Anbesserung seiner Persönlichkeit fördern wolle, der müsse dazu mithelfen, Gymnasien für Mädchen zu errichten. Bei diesem Bildungsstreben komme es anfänglich wohl vor, daß Gerüchte gemacht werden, männliches Wesen und männliche Art nachzunahmen, und von manchen Seiten wird die Befürchtung geäußert, daß dieses die allgemeine Folge einer gemeinschaftlichen Erziehung beider Geschlechter sein würde. Je mehr aber die Bildung fortschreitet und vertieft wird, desto mehr erkennt man, daß die von Natur vorhandenen Unterschiede nicht beseitigt werden können, und daß die gemeinsame Erziehung in dem Sinne keinerlei Nachteile zur Folge haben könne.

Überall, wo diese eingeführt ist, vorwiegend in protestantischen Ländern, in Amerika in 22 Staaten der Union, in Holland, Schweden, Finnland, seien um günstige Wirkungen beobachtet worden. Auch bei uns in der Volksschule würden ja zum großen Teile beide Geschlechter gemeinsam erzogen, und zwar, wie Helene Lange 1893 in einer Rede feststellte, 2 1/2 Millionen Volksschüler von den damals vorhandenen ca. 5 Millionen. Wenn man das gleiche System in der höheren Bildungsbühne bisher noch nicht zur Anwendung gebracht habe, so sei das keineswegs ein Grund, es auch in Zukunft nicht zu thun.

Als positive Gründe für die gemeinsame Schulerziehung führt

1. sie ist billiger,
2. die Schularbeit ist leichter zu handhaben,
3. die Schule setzt fort, was die Familie begonnen,
4. die Unterrichtsleistung ist günstiger,
5. durch den rein geistigen Wettbewerb wird die geschlechtliche Spannung im Verkehr der beiden Geschlechter gerade im Entwicklungsalter vermindert.

Eine solche Bildungsstätte, wie sie die Rednerin anstrebt, wird in der Hamburger Reformschule geschaffen, welche von Dr. Ludwig Bornemann geleitet werden wird. In Oldenburg gebe es auch bereits eine Realschule für Mädchen, welche gute Erfolge zeitige. Zum Beweise für den sittlichen Gewinn der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter wird eine Mitteilung aus Holland gebracht, wonach überall, wo dieses System eingeführt sei, die unehelichen Geburten sich vermindert hätten. Nach allem müsse man zu der Erkenntnis kommen, daß dieses Erziehungssystem die Doppelstellung der Frau als Hausfrau und Mutter und als Berufswesen legendreich beeinflussen werde.

In der Diskussion sprachen verschiedene Damen und Herren wesentlich im Sinne der Referentin, deren Ausführungen ergänzend. Besonders wertvoll unter diesen Ausführungen waren die des Herrn Rektor Buchholz, der aus seinen langjährigen Erfahrungen als Leiter einer gemischten Schule den großen sittlichen Einfluß dieses Systems durch Thatsachen belegte konnte.

Auf ein Schlusswort verzichtete Zel. Stöcker und unterbreitete der Versammlung folgende Resolution:

1. Die heutige höhere Mädchenschule entspricht den Anforderungen nicht mehr, die wir an eine Schule stellen müssen, welche die Grundlage für eine zureichende Berufsbildung der Frau bilden muß.

2. Als das beste Mittel, diese zu erlangen, sehen wir die gemeinsame Erziehung der Geschlechter an, nicht weil wir eine absolute Gleichheit erzielen wollen, sondern weil wir glauben, daß die künstliche Trennung und Entzerrung der Geschlechter nur auf diesem Wege beseitigt werden kann.

3. Wir erhoffen von der gemeinsamen Erziehung die sittliche Hebung des Mannes, die Festigung der Ehe und des Familienlebens.

4. Durch die gründliche Bildung der Frau hoffen wir auch dieselbe zu ihrem mütterlichen Berufe tüchtiger zu machen.

Nach Annahme dieser Resolution fing das Publikum an, unruhig zu werden und sich zu verlassen. Daher sagte die folgende Rednerin Zel. Dr. jur. Raschke, welche über die **Einrichtung von Rechtschulstellen** referierte, sich sehr kurz. Sie teilte mit, daß die von Männen ausgehende Bewegung für Rechtsschutz der Frauen durch Frauen von deren Begründerin Fraülein v. Allen aus nach Dresden gebracht worden sei, wo am 1. Januar 1894 die erste Rechtschulstelle ins Leben trat. Sie hätte dort eine so rege Thätigkeit entfaltet, daß sie im letzten Jahre allein in 792 Fällen in Anspruch genommen wurde. Jetzt bestehen bereits in 22 Städten 25 derartige Rechtschulstellen, und die Rednerin fordert die Delegierten von Frauenvereinen auf, in ihren Wohnorten für solche Einrichtungen zu wirken, welche den armen, den schülteren, den prozeßsüchtigen Frauen sehr viel helfen könnten und schon geholfen hätten.

Durch einen Zusammenschluß sämtlicher Rechtschulstellen zu einem Vereine würde auch das Endziel der Frauenbewegung, die Hebung der Stellung der Frau, wesentlich befördert werden.

Ueber diese Frage wurde nicht diskutiert; alle, welche dieser Anregung gemäß wirken wollen, beschließen eine diesbezügliche private Zusammenkunft mit Fraülein Raschke.

Es folgt nun der Vortrag von Fraülein Dr. Anita Augustburg über „die politische Erziehung der Frau“. Die Referentin beginnt mit dem Hinweis auf die Art und Weise, wie die Polizei dem Kongreß mitgespielt habe, und erklärt dieses Verfahren für eine äußerst praktische Agitation, welche die Frauen eher als alle theoretischen Auseinandersetzungen für die Politik gewinnen kann. Ueberall ertönt die Forderung nach dem politischen Recht der Frau, das heißt sie wird nachgesprochen, die Tragweite ermeßen die meisten nicht. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es ein verhängnisvolles Geschenk wäre, würden die Frauen schon heute politische Macht erlangen. Nicht alle Frauenvereine stehen auf dem Boden der politischen Forderungen, ungefähr 30 000 der Bundesangehörigen erhalten sie aufrichtig, natürlich sind sich nur ganz wenige klar über dieselben. Wir müssen schon darunter verstehen, daß wir in absehbarer Zeit das Recht bekommen, zur Wahlurne zu schreiben. In erstem strengen Dienst fürs Vaterland müssen wir an allen Dingen der Verwaltung mitarbeiten. Wieviele Frauen verstehen diese Forderungen, wie viele lesen auch über die Vorgänge des öffentlichen Lebens! Schuld der Vergangenheit und Gegenwart ist es, daß die Frau auf einem so tiefen politischen Niveau steht. Die Männer sind an ihren politischen Rechten emporgewachsen, die Frauen Englands sind schon lange politisch reif geworden, es ist Schuld der führenden Frauen, daß bei uns in Deutschland nicht schon längst die politische Agitation praktisch betrieben wird. Alle Frauen müssen an politischen Leben teil nehmen, mit der Weisheit muß gebrochen werden, sie müssen sich selbständige politische Ueberzeugungen aneignen, für die sie opernmäßig eintreten. Unsere heutigen Zustände mangelt das politische Ergeßniß, das muß durch die Frauen anders werden. Die Frau muß den Interessenstandpunkt, den die meisten Parteien haben, verwerfen; es ist nicht schändlich, ein politisches Glaubensbekenntnis zu wechseln, wohl aber es ohne Ueberzeugung zu verfechten. Die Frauen müssen in eigenen Frauerversammlungen zu allen politischen Fragen Stellung nehmen und versuchen, auf die Wahlen Einfluß zu bekommen, wie es die sozialdemokratischen Frauen schon lange schon haben.

Auch für die Gewerbevereine und Kommunalwohlfahrt müßten die Frauen lebhaft Agitation entfalten.

In der Diskussion tritt Herr v. Gerlach lebhaft für die politischen Rechte der Frauen ein; er ist überzeugt, daß bei den Frauen gerade wie bei den Männern mit dem Amte auch der Verstand kommt. Die Frauen müssen sich den politischen Parteien anschließen, erst dann können sie praktisch mitarbeiten. Gegen diesen Punkt wandte sich Fraülein Pappig, welche ansführte, daß die Frauen es verschmähen müßten, Interessentpolitik zu treiben.

Herr Dr. Silbermann erläutert in seinem Referat über **Krankenversicherung** eingehend das Gesetz. Wir hörten wieder die alten Klagen über die Lücken desselben. Dann ging der Referent auf den vom Regierungsrat Dr. Hoffmann veröffentlichten Gesetzesentwurf ein und wendete sich hauptsächlich gegen die Unterdrückung der freien Hilfskassen, während die Betriebskassen bestehen bleiben sollen. Ferner sprach er sich gegen die Centralisation der Krankenkassen aus, und zwar begründete er seine Stellung mit dem größeren Bureaucratismus, der in der Verwaltung herrschen würde. Herr Dr. Silbermann ist der Meinung, daß der Vorschlag der Centralisation auf politische Gesunde zurückzuführen sei. Er gab seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß die sozialdemokratische Partei in den Ortskrankenkassen parteipolitische Agitation betreibt. Leider veräumte der Herr dafür Belege zu erbringen und doch sollte man meinen, daß Herr Dr. Silbermann, welcher selbst Vertreter einer freien Hilfskasse ist, wissen müßte, daß die Ortskrankenkassen, an deren Spitze organisierte Arbeiter stehen, die bestverwalteten sind. Er müßte ferner wissen, daß die Leiter der Krankenkassen gar keine Gelegenheit haben, Politik zu treiben. Im Gegentrag zu den Ortskrankenkassen priest er die neutrale Verwaltung der Hilfskassen und doch sollte er wissen, daß die Verwaltung der freien Hilfskassen auch in den meisten Fällen in den Händen der organisierten Arbeiter liegt. Ferner sprach sich der Referent noch für Heranziehung weiblicher Kräfte zur Kostenträgers aus.

Folgende vom Referenten eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt hinsichtlich der bevorstehenden Revision des Krankenversicherungs-Gesetzes für notwendig:

1. den Kreis der versicherungspflichtigen Personen derart zu erweitern, daß er sich mit dem Kreise der der Invalidenversicherung unterliegenden Personen deckt,
2. die Mindestleistungen der Krankenkassen allgemein zu erhöhen,
3. die freien Hilfskassen mindestens ebenso lange als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung bestehen zu lassen, als Betriebskrankenkassen das Recht eingeräumt wird,
4. eine Regelung des Verhältnisses zwischen Kassen einerseits und Ärzten und Apothekern andererseits.

Von einer Diskussion wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit Abstand genommen.

Alsdann erhielt Frau Marquardt vom Verein für Dienstverhältnisse und Dienstangehörten das Wort zum Referat über die **Dienstbotenfrage**.

Die Rednerin kritisierte die elende Lage der Angestellten und erörterte die Thätigkeit des Vereins und drückte ihr Bedauern über das langsame Fortschreiten desselben aus.

Ihre Forderungen für die nächste Zukunft, welche sich ja mit den Forderungen des Vereins decken und von der Versammlung auch zu den ihrigen gemacht wurden, stellte sie in folgenden Thesen zusammen:

1. Paritätische Stellenvermittlung,
2. Abschaffung der Gesinde-Ordnungen und Unterstellung der Dienstangestellten unter die Gewerbe-Ordnung,
3. Gemeinsame Reformbestrebungen im gemeinsamen Verein,
4. Die Frauenbewegung hat die Pflicht, die berechtigten Forderungen der Dienstangestellten zu unterstützen.

Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion, in welcher sich Frau S u h m a n n - Hamburg, Fraülein Dr. Raschke, Zel. Dr. G a d e r, Frau S c h a a f und Fraülein H e m a u n - Hamburg im Sinne der Referentin aus sprachen.

Folgende Resolution, von der Referentin eingebracht, fand einstimmige Annahme:

Die Versammelten ersuchen den hohen Reichstag, auf Grund nachstehender Resolution baldigst folgende Forderungen gesetzgeberisch in Angriff zu nehmen:

1. Abschaffung der Gesinde-Ordnungen, da diese in rechtlicher Hinsicht mit dem modernen Arbeitsverhältnis, wie es der Reichs-Gesinde-Ordnung zu Grunde liegt, nicht vereinbar sind und die Hausangestellten unter ein Ausnahmengesetz stellen.
 2. Die Unterstellung der aus dem Dienstverhältnis sich ergebenden Rechtsfreiheiten unter die Gewerbe-Gesetze.
 3. Die Ausdehnung der Reichs-Kranken- und Unfallversicherung auch auf die im Hausdienst Angestellten.
 4. Die Ausdehnung der obligatorischen Fortbildungsschulen auf die Dienenden.
- Die Tagesordnung war nunmehr erschöpft. Am Sonntag werden die Delegierten in interner Sitzung die Verhandlungsangelegenheiten erledigen.

Im ersten Bericht waren zwei sinnenstößende Fehler: Im 2. Absatz Zeile 12 muß es statt Presse Phrase heißen und in dem Referat der Frau Schauf S. Absatz Zeile 3 muß es statt Westen Westen heißen.

Gegen den Jolltarif

nahm am Freitag in der Berliner Ressource eine zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung Stellung, die von der bekannten Frauenrechtlerin Minna Cauer einberufen worden war und zum größten Teile aus Anhängern der bürgerlichen Frauenbewegung bestand. Herr v. Verlach und Fräulein Dr. Jar. Anita Augsburg referierten. Sie bekämpften die geplante Jolltarif-Erhöhung, weil sie für die große Masse des Volkes ein Unglück bedeute und nur einer kleinen Schar von Großgrundbesitzern Vorteile und zwar immense Vorteile bringen würde. Herr v. Verlach befürwortet von einem Siege der Agrarier eine Zeit des Rückschritts, unter der die Frauenbewegung wie jede Reformbewegung unendlich leiden müßte. Auf der einen Seite würde die Macht des Bundes der Landwirte, auf der anderen die der Socialdemokratie zunehmen, während zerrieben würde, was zwischen beiden irgendwie fortgeschritten sei. Gewiß sei die Socialdemokratie für alle Forderungen der Frauen zu haben, aber sie werden auf lange Zeit ausgeschlossen sein von der Macht im Reichstag. Unter andrem hob Redner hervor, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlich thätigen Leute von einer Jolltarif-Erhöhung nichts zu erhoffen hätten. Diese werde die überaus traurige Lage der Landarbeiter nicht im geringsten besser berühren. Freiwillig erhöhe niemand ihre Löhne, und darum zu kämpfen, wie die Industrie-Arbeiter, sei ihnen gesetzlich unmöglich gemacht. Fräulein Augsburg, die die Existenz wirklich nothleidender Agrarier bezweifelt, verwies darauf, daß gerade die schwerarbeitenden Klassen durch die Broterzeugung besonders betroffen werden, und erbrachte hierfür den zahlenmäßigen Beweis. Beide Referenten betonten, daß es Pflicht der Frauen sei, ebenfalls gegen den Jolltarif zu agitieren und zu protestieren. Ihre Ausführungen fanden großen Beifall.

Es entspann sich eine recht lebhafte Debatte. Geh. Sanitätsrat Küster behauptete, es befände sich in der That eine Not der Landwirte, und machte hauptsächlich die Spekulation dafür verantwortlich. Dieser müßte ein Ende gemacht werden. Eine vorübergehende Jolltarif-Erhöhung wäre notwendig. Fräulein Freitag, eine ältere Dame, empfahl dagegen unter kümnlichem Beifall, mit allen Mitteln gegen die Erhöhung der Kornzölle zu kämpfen. Prof. Dr. Höpfer sprach im selben Sinne und rief Herrn Geheimrat Küster zu, daß die Not bei den Arbeitern im Deutschen Reich hundertsausendmal schlimmer sei, als bei den Landwirten. Milchhändler Henning trat für die Vogeltöterei der Ringmüch ein. (Lebhafte Zustimmung.) Professor Hottinger meinte, die Bauern litten wirklich Not und der Staat müßte ihnen helfen, weil sie der Kern des Volkes wären. Fräulein Dr. mod. Hader: Sie als Arzt müßte sich gleichfalls gegen den Jolltarif wenden. Aus ihrer politischen Prognose wisse sie, daß eine große Zahl von Angehörigen der arbeitenden Klassen in den Mitteln ihrer Ernährung schon jetzt so niedrig gestellt seien, daß ein Herabgehen von diesem Niveau, wie es von einer Jolltarif-Erhöhung zu erwarten sei, gleichbedeutend wäre mit einer Forderung der Sterblichkeit. — Nachdem noch Herr Kinjo, Fräulein A. Reumann und Herr Lehrer Bachmann gegen den Jolltarif gesprochen hatten und die Referenten noch einmal zu Wort gekommen waren, wurde gegen 3 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich entschieden gegen den veröffentlichen Jolltarif-Entwurf ausspricht, jedoch kein Wort gegen die bereits bestehenden Zölle enthält.

Heber Heinrich Heine wird Hel. E. Guttmann nächsten Mittwoch im Verein der Frauen und Mädchen Schöneberg einen Vortrag halten. Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung dem Vorstand Zahl und Geschlecht ihrer Kinder schriftlich anzugeben.

Gegen die Lehrerinnen hat die Versammlung des Hannoverischen Provinziallehrer-Vereins Stellung genommen. Nach dem Vortrage eines Lehrers Gräbe aus Münden wurde die folgende Resolution angenommen:

„Unter den jetzigen Verhältnissen würde eine unverhältnismäßige Vermehrung der Lehrerinnen — abgesehen von der dadurch bewirkten erhöhten Belastung und sonstigen Vereinträchtigung der Lehrer — einen Rückschritt der Schul- und Volksbildung zur Folge haben.“

Der Vortragende, der sich übrigens dagegen verwahrt, daß ihn Brotneid leide, vertrat den Standpunkt, daß die Frauen fürberichtig nicht zum Lehrberufe geeignet seien. Sie seien allen möglichen Krankheiten ausgesetzt und würden in sehr zahlreichen Fällen geisteskrank im Lehrberufe. Auch im Punkte der Verdienstmäßigkeit seien die Frauen minderwertig. Trotzdem will er sie als Kindergärtnerinnen und für die Mittelmassen der Wädchenschulen zulassen; im übrigen seien sie jedoch ungeeignet. Am besten werden die etwas verworrenen Ansichten des Herrn gekennzeichnet durch die Schlusssätze seiner Rede, worin er ausführte, daß auch die Forderung, die zweiten Stellen auf dem Lande mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen, zu verwerfen sei, da dadurch eine Verweiblichung und Verweiblichung in der Erziehung Platz greifen werde, die nicht im Interesse des Volkes liege. Der weibliche Einfluß im Elternhause dürfe nicht auch noch in der Schule fortgesetzt werden. Wie in der Familie der Vater es sein sollte, so müsse im Staat der Mann die Erziehung leiten. Die Welt befände nun einmal noch aus einer Welt der Männer. Und schließlich liege es auch im eigenen Interesse der Lehrerinnen, wenn sie sich, anstatt in den Funktionen einer Amtsperson, in der Lage der glücklichen Hausfrau befänden.

Zu diesen Ausführungen steht ja die Resolution in ziemlich starkem Widerspruch, wenn sie sagt, „unter den jetzigen Verhältnissen“; denn alle die Mängel, die der Redner an den Lehrerinnen nicht, sind doch solche, die, wenn sie vorhanden wären, kaum jemals beseitigt werden könnten, vor allem nicht dadurch, daß man die Frauen auch weiterhin von der Vethätigung in dem Berufe ausschließt.

Es trat ihm zwar ein Redner entgegen, der darauf hinwies, daß in Amerika mehr Lehrerinnen als Lehrer thätig seien und das amerikanische Schulwesen dennoch gut sei, die Versammlung stimmte jedoch seinen Ausführungen durch lebhaften Beifall zu und nahm seine Resolution an.

Partei-Nachrichten.

Die „Verscholtenheit“ des socialdemokratischen Pressbüdend. Die Parteigenossen in Dresden befinden sich seit Jahren in einem zähen Kampf um die Erwerbung des Bürgerrechtes. Trotz aller Bemühungen ist es ihnen noch nicht gelungen, eine nennenswerte Stimmenzahl bei den Gemeinderatswahlen zu erlangen. Es wird ihnen das besonders dadurch außerordentlich erschwert, daß der Stadtrat

(Magistrat) der Erwerbung des Bürgerrechts alle erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg legt. Als einfachstes Mittel diente dem Stadtrat dazu immer die Erklärung, daß der Nachsuchende nicht „selbständig“ sei. Als nicht selbständig wurden fast regelmäßig sämtliche das Bürgerrecht nachsuchenden Arbeiter erklärt, ohne daß man sich die Mühe nahm, zu erklären, wie man den Begriff „selbständig“ auslege. Das Verfahren des Stadtrats ist umso merkwürdiger, als man z. B. Beamte unterster Kategorien ohne weiteres als selbständig anerkannte. Anrufungen der obersten Verwaltungsbehörden haben, trotzdem generelle Verfügungen in Aussicht gestellt worden waren, noch keinen Erfolg gehabt.

Auf einen neuen Einfall ist man jetzt einem Parteigenossen gegenüber verfallen, der eine Zeilung die „Sächsische Arbeiter-Ztg.“ verantwortlich zeichnete und in dieser Eigenschaft Gefängnisstrafen in der Dauer von zwei Monaten wegen einfacher Preßvergehen erlitten hat. Sein Besuch um Erteilung des Bürgerrechts wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß er infolge der erlittenen Strafen, deren letzte übrigens bereits vor zwei Jahren verbüßt wurde, nicht mehr als „unbescholten“ im Sinne der Städte-Ordnung gelten könne.

Es wäre an sich schon ein starkes Stück, wenn jemand, der wegen einfacher Preßvergehen einmal eine Strafe erlitten hat, dafür als „bescholten“ angesehen und dauernd von der Ausübung seiner Bürgerrechte ausgeschlossen werden könnte. Zum Ueberflus gibt aber die sächsische Städte-Ordnung genau an, wen sie als bescholten ansieht. Nämlich diejenigen: zu deren Vermögen gerichtlicher Konkurs eröffnet worden ist; während der Dauer des Konkursverfahrens; welche von öffentlichen Ämtern, von der Advokatur oder von dem Notariate suspendiert worden sind, auf die Dauer der Suspension, sowie der Removierten auf fünf Jahre von Zeit der Remotion an; denen durch richterliches Erkenntnis die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden sind, auf die Dauer dieser Entziehung; welche sich wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das nach dem Strafgesetzbuche die Entziehung der Ehrenrechte zur Folge haben kann oder muß, in Untersuchung befinden; welche Freiheitsstrafen verbüßen oder zwangsweise in einer öffentlichen Verrichtung oder Arbeitsanstalt untergebracht sind; welche unter polizeilicher Aufsicht stehen.

Es kann danach gar keinem Zweifel unterliegen, daß die vom Stadtrat und der Kreisoberhauptschaft entdeckte Verscholtenheit in keiner Beziehung eine Strafe findet. Im übrigen wäre es um die Verwaltung der Stadt Dresden sicher besser bestellt, wenn sie unter ihren Bürgern lauter so unbescholtene Leute hätte, wie diesen socialdemokratischen Pressbüdend.

Bei der Gemeinderatswahl in Braunschw. (Herzogtum Braunschw.) wurde der socialdemokratische Kandidat mit 52 gegen 20 Stimmen zum Gemeindevertreter gewählt.

Totenliste der Partei. In Schmölln (Altenburg) starb der Metallarbeiter Genosse Ferdinand Rohlfam an der Schwindsucht. Der Verstorbene war ein eifriger thätiger Parteigenosse, der auch als Gewerkschaftsbeamter mit größter Pflichttreue wirkte. Von der großen Beliebtheit des noch jungen Mannes zeugt die Thatfache, daß in den letzten Nächten vor seinem Tode drei seiner Kollegen abwechselnd die Krankenwache bei ihm übernahmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wie ein gemeiner Verbrecher, mit kreuzweis übereinander geschlossenen Händen wurde Genosse Bredendeb, der wegen Preßvergehens eine Freiheitsstrafe verbüßt und wegen gleichen Vergehens vor der Strafkammer in Dortmund erscheinen mußte, in das Gefängnis in Herford zurück befördert.

Bredendeb hatte sich zum Strafantritt selbst gestellt und es lag nicht der geringste Grund für die Annahme vor, daß er entweichen werde. Wir wissen nicht, wen die Schuld an dieser durch nichts gerechtfertigten seelischen Missethätigkeit eines anständigen Mannes trifft, ob nur ungehöriger Ueberzeifer eines Unterbeamten vorliegt oder eine Anweisung der verantwortlichen Behörde; jedenfalls ist der entsetzlichste Protest gegen solches barbarisches Verfahren zu erheben.

Auf Antrag des sächsischen Kriegsministeriums hatte der Oberstaatsanwalt öffentliche Klage erhoben gegen den Genossen Lebus in Dresden wegen Verleumdung des Offiziercorps des 2. sächsischen Jäger-Bataillons Nr. 13. In der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ vom 4. April d. J. war in einem Artikel, der sich mit der Ehebruchsgeschichte des Hauptmanns v. West mit der Frau des Herrn Dr. Schaumann beschäftigte, gefolgt worden. Dr. Schaumann habe alle Vertuschungsversuche des Offiziercorps energisch zurückgewiesen. Da das Militär-Strafgesetzbuch Verleumdungen unter Umständen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft und von dieser Strafe in erster Linie der Commandeur bedroht ist, so sah man darin eine Verleumdung des Corps.

Das bemerkenswerteste an der Klage ist, daß Lebus weder Verfasser des Artikels, noch überhaupt Redacteur der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“ ist.

Das Schöffengericht, das am Sonnabend gegen Lebus verhandelte, mußte ihn denn auch freisprechen, weil man ihm die Verfasserschaft nicht nachweisen konnte.

Vom Landgericht in Raumburg wurde der Arbeiter J. Kuttel zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Versammlung des socialdemokratischen Vereins in Pischendorf bei Reiz den Gemeindevorsteher des Ortes beleidigt haben soll. Das Schöffengericht in Reiz hatte den Verurteilten freigesprochen.

Wegen Verleumdung eines Warenhandelsbüdend, begangen durch die Presse, wurde der Genosse Stellung in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redacteur des „Lübener Volksblattes“ zur 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Gewerkschaften und Parteigenossen!

Bezugnehmend auf die an anderer Stelle dieses Blattes behandelten Verhältnisse der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen und deren Forderungen, für die jetzt in ganz Deutschland agitiert wird, geben wir bekannt, daß in Berlin am Montag, 14., und Dienstag, den 15. Oktober, fünf größere Versammlungen der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen stattfinden, in welchen die Abgeordneten Mollenhuth, Warm, Hoch, Reichhaus und Albrecht über das Thema:

„Die Forderungen der deutschen Schneider und Schneiderinnen an die Gesetzgebung bezüglich der Heimarbeit“ referieren werden.

Da Tausende von Frauen und Töchtern gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in der Konfektion beschäftigt sind und die Missethät der Heimarbeit am eignen Leibe spüren, bitten wir die Mitglieder aller Gewerkschaften, sich in ihren Verwandten und Bekanntenkreisen für einen guten Besuch dieser Versammlungen zu verwenden, eventuell auch die Arbeiterinnen auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufmerksam zu machen. Es liegt dies nicht nur im Interesse unsres Berufes, sondern in dem der gesamten Arbeiterschaft! Die Ortsverwaltung des Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen (Hil. Berlin).

J. A.: Ad. Ritter.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter Hamburgs (Sektion des Holzarbeiter-Verbandes) nahmen Stellung gegen die Absicht einzelner Arbeitgeber, die englische Arbeitszeit einzuführen. Man beschloß, dieser Absicht

zunächst entgegenzutreten, da die englische Arbeitszeit den Arbeitern keinen Vorteil bringe, und es deshalb nicht ratsam sei, die bestehende, einheitlich geregelte Arbeitszeit zu durchbrechen. Sollten einzelne Arbeitgeber eine andere Festsetzung der Arbeitszeit wünschen, so dürfe dies nur durch Vermittelung des Holzarbeiter-Verbandes geschehen. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß, wenn einzelne Arbeitgeber die englische Arbeitszeit einführen wollen, dies seitens der Arbeiter benutzt werden müsse, die neunstündige Arbeitszeit in eine 8½- oder achtstündige umzuwandeln.

Die sächsischen Arbeiter Württembergs beschloßen auf der kürzlich abgehaltenen Landeskonferenz ihrer Organisation, den Verbänden folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Acht Tage Sommerurlaub, wie ihn die Beamten haben, 2. Invaliden- und Rekrutenverforgung, 3. Anstatt der Tagelöhne sind Wochenlöhne zu zahlen.

Ausland.

Ob der amerikanische Stahlarbeiterstreik mit einer Niederlage oder mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter geendet hat, das läßt sich bis jetzt noch nicht beurteilen, denn, wie uns eine am 25. September abgeordnete Korrespondenz aus New York mitteilt, waren bis dahin die zwischen den Vertretern des Streikes und denen der Ausständigen abgeschlossenen Bedingungen noch nicht öffentlich bekannt gegeben. Die Presse will jedoch in Erfahrung gebracht haben, daß in dem Abkommen die Abschaffung der jährlichen Konferenzen zwecks Festsetzung der Lohnsala vereinbart ist, und daß die Association bis zum 1. Juli nächsten Jahres in den Nicht-Unionwerken keine Mitglieder werden darf, daß sie also bezüglich ihrer weiteren Ausbreitung an Händen und Füßen gebunden ist. Aus der strengen Geheimhaltung des Abkommens werden verschiedene Schlüsse gezogen. Ein Urteil über den Erfolg des Streik-erfolgs läßt sich natürlich erst abgeben, wenn sicheres über die Vereinbarungen bekannt ist.

30 000 Baumwollspinnerei-Arbeiter in Fall River haben — wie „Wolfs Bureau“ meldet — beschloßen, am Montag die Arbeit einzustellen. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 5 Proz.

Ordnung!

Beim Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend gingen vom 11. bis 30. September für die freilebenden Glasarbeiter folgende Beiträge ein:

- Muschlstrümpfen-Arbeiter durch Hoffner (Vorauszahlung auf Viten) 100.—
 - Töpfer durch Hoffmann auf Vite 3359 2,45.
 - Maler durch Weise auf Viten 2691, 2592, 2593, 2595, 3492, 3497 42.—
 - Maler durch Weise auf Vite 15.—
 - Kürschner d. Schreitmüller auf Viten 3453, 3455, 3456, 3505, 3509, 3511, 3512, 3513, 4091, 4092 51,60.
 - Tischler d. Jähne auf Vite 3484 1,20.
 - Tischler d. Hallsend, Kroll u. Co. durch Jähne auf Vite 4050 8,85.
 - Ueberhaupt einer Verlesammlung der Holzarbeiter-Verlesammlung am 11. September durch Jähne 11,63.
 - Töpfer durch Hoffmann 75.—
 - Baumarbeiter durch Böttcher auf Viten 2501, 2521 6,40.
 - Tischler durch Wegner auf Vite 3482 8,45.
 - Tischler durch Heyden auf Vite 3469 11,88.
 - Tischler bei Rinke auf Vite 4061 11.—
 - Büchsenmacher und Töpfer durch Maar auf Viten 3350, 3352, 3353 17,30.
 - Hölzler und Rohrarmhändler durch Behm auf Viten 3336, 3338, 3540 35,41, 35,43, 35,44 21,80.
 - Ueberarbeiter durch Müller, Kilian und Hed auf Viten 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510 60,55.
 - Ueberarbeiter durch Müller, 2. Rate 15.—
 - Röhrenmacher durch Wolter (eine Vorauszahlung auf Viten) 170.—
 - Franz Schulte auf Vite 3558 14,10.
 - Muschlstrümpfenarbeiter durch Böttcher 75,00.
 - Von sämtlichen Arbeitern der Fabrik D. Hansch, Weißwaldbesitz 140, infl. Substanz durch G. Martin 8,50.
 - Fräuler von Bricker u. Brigger, Frachstraße 35, durch R. Dreher 4.—
 - Tischler bei Strahberg auf Vite 4063 durch Jähne 7,20.
 - Ueberarbeiter bei Hallsend, Kroll u. Co., Saat II, auf Vite 4715 5,40.
 - Tischler durch Wintler auf Vite 4155 3,40.
 - Tischler durch Gärtler auf Vite 4711 3.—
 - Rieber durch Uehm auf Viten 3460, 3461 14,75.
 - Schubdrucker durch Schulz 10,00.
 - E. Paul (Töpfer) auf Vite 3505 5,85.
 - Bäder durch Stammes auf Vite 2583 4,50.
- Für die Tabakarbeiter: Ueberarbeiter durch Müller 10.—
Arthur Plesker.

Sociales.

Ein Seemannshaus in Kopenhagen, haben die beiden Organisationen der dänischen Seeleute und Dampfschiff-Fleiger beschloßen. Es sollen damit die verächtlichen Spielunken, in denen die Seeleute jetzt genötigt sind, zu logieren, überflüssig gemacht werden. Das Gebäude soll außer den Logier- und Comptoirräumen einen großen Speisesaal, Vabellokale, Wäscherei, Lesezimmer, zwei Bibliotheksräume, ein Billardzimmer und Spielzimmer enthalten. Die nötigen Geldmittel sollen zum Teil durch Aktienzeichnung von den Mitgliedern der beiden Gewerkschaften herbeigeholt werden. Des weiteren will man sich an die Gemeindeverwaltung und an das Ministerium des Innern um Unterstützung wenden.

Die Einrichtung von Arbeiterauschüssen in allen dazu geeigneten sächsischen Betrieben hatten die socialdemokratischen Stadtverordneten in Leipzig beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt, doch wurde beschloßen, wenigstens in den Gasanstalten und für die dem Tiefbau-Amt unterstellten Beamten solche von den Arbeitern gewählten Ausschüsse einzurichten.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Schwerer Baunfall.

Breslau, 5. Oktober. (W. S.) Ein schwerer Baunfall ereignete sich, wie der „Breslauer General-Anzeiger“ meldet, heute morgen gegen 7¼ Uhr auf dem Neubau des Grundstücks Alsenstraße 92. Der Baununternehmer Leib ließ auf dem Grundstück eine nach dem Hofe zu gelegene Baugrube ausführen, ohne dieselbe zu versteifen. Er sah, daß sich an der Sohle ein starker Querschnitt entwickelt hatte und daß die Seitenelemente nur aus Schlamm und Schiefersand bestanden. Trotzdem schickte er heute wieder drei Arbeiter in die Grube, um das während der Nacht eingedrungenen Wasser abzuschöpfen. Nach einiger Zeit wurden die drei Arbeiter von den einfallenden Seitenelementen verschüttet. Zwei von ihnen wurden später als Leichen hervorgeholt. Beide sind Väter vielköpfiger Familien. Der dritte Arbeiter wurde noch lebend herangeführt. Dem Eigentümer, Baununternehmer Leib, trifft allein die Schuld an dem entsetzlichen Unglück.

Kiel, 5. Oktober. (W. S.) Die „Mein-Weiß-Bzg.“ meldet: Die Kaiserliche Werft in Kiel erhielt Befehl, die Reparaturen an dem Kreuzer „Gazelle“ so zu beschleunigen, daß derselbe schon im November nach der südamerikanischen Station zum Schutze der im columbisch-venezolanischen Kriege schwer bedrohten deutschen Interessen abgehen kann.

Budapest, 5. Oktober. (W. S.) In der Ortschaft Nadle (Komitat Baus) brach gestern Feuer aus, durch welches drei Drittel des Ortes eingäschert wurden. In Adonyhaza (Komitat Baus) brannten 18 Häuser samt Nebengebäuden nieder.

London, 5. Oktober. (W. S.) Als gestern die beiden Zorpedobootszerstörer „Salmon“ und „Angler“ auf der Höhe von Margate Fabrungen machten, rannte, wie die Abendblätter melden, der „Angler“, als er in voller Fahrt um das Feuerlöschboot herumfuhr, gegen das Ged des „Salmon“ und rih mit der Schraube dem „Salmon“ die Stahlplatten ab. „Salmon“ signalisierte, daß er sinke. Ein dritter Zorpedobootszerstörer „Lee“ leistete aber sofort Weisand, Beide später beschädigten Schiffe wurden später nach Sheernee geschleppt. Menschen sind nicht ums Leben gekommen. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Lüttich, 5. Oktober. (W. S.) Von den 22 888 Vergleuten, die in den 48 Kohlenruben des Lütticher Bedens beschäftigt sind, waren heute 15 064 ausständig.

Moskau, 5. Oktober. (W. S.) Gestern entgleiste bei Tscheljabinsk ein Güterzug und stürzte den Wakhdam hinab, wobei 14 Wagen zerrückert wurden. Eine Person wurde getötet, drei Eisenbahnangestellte wurden verletzt.

Magistratsvorlage aus und ebenso einige andre Bedner, darunter wiederholt der Oberbürgermeister, welcher unter anderem ein Beispiel anführte, wonach ein Grundbesitzer, dessen Besitz einen Wert von 180.000 M. repräsentiert, zur Zeit nur 4.85 M. Grundsteuer zahlt; der ganze gewaltige Besitz an unbebauten Grundstücken, der heute fast unbebaut bleibt, solle durch die Besteuerung nach dem gemeinen Wert jetzt herangezogen werden. Stadtv. Krieger giebt namens unserer Genossen die Erklärung ab, daß diese sich prinzipiell für die Einführung der Grundwert-Steuer aussprechen.

Auf Antrag des Stadtv. Rogers war die Abstimmung eine namentliche und ergab 27 Stimmen für und 5 Stimmen gegen den Magistratsantrag. Der Magistratsentwurf einer Grundsteuerordnung, welche am 1. April l. J. in Kraft treten soll, wurde hierauf unverändert angenommen. Unsere Genossen hatten hierzu eine Reihe Änderungsanträge gestellt, die unter anderem auf eine Minderung des den Grundbesitzern eingeräumten Einflusses auf den Steueransatz (diesem aus 9 Mitgliedern bestehenden Ausschuss sollen z. B. mindestens sieben Grundbesitzer angehören) abzielten, welche jedoch sämtlich abgelehnt wurden.

Wie uns nachträglich berichtet wird, hat der Stadtverordneten-Vorsteher Sturm, der kürzlich erst gelegentlich der bekannten Stofflieferungs-Angelegenheit wiederholt genannt wurde, ganz plötzlich am Donnerstag, nachdem er zuvor noch der Sitzung der Stadtverordneten präsidiert hatte, sein Amt als Vorsteher, wie verlautet, aus „Gesundheitsrücksichten“ niedergelegt. In dieser Sitzung hatten unsere Genossen den Antrag betreffend die Übernahme städtischer Arbeiten und Lieferungen durch Stadtverordnete und Magistratsmitglieder eingebracht, welcher gemäß der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden wird.

Berichts-Beilage.

Der Redacteur des „Steinarbeiter“ Genosse Othmar Schmidt ist gestern vom Schöffengericht zu Niddorf wegen Verleumdung durch die Presse zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Straftat wurde in einem Artikel gefunden, der einem Verführer in Striegau Cariffälchung vorwarf. Trotz glänzender Verteidigung durch Rechtsanwält Heine erfolgte die Verurteilung, da der Angeklagte als rückfälliger Sünder zu betrachten sei.

Eine Erinnerung an die Kunstpatrouille. Der Kaufmann Wendler, der in der Wilhelmstraße ein Magazin für Künstler hat, erhielt vom Berliner Polizeipräsidenten am 15. September 1900 folgende Verfügung: „In den Schaufenstern ihres Geschäftsbetriebs sind Kunststudien des Blochschens Kunstverlages in Wien und Kunstblätter mit der Unterschrift „Freilicht von Max Koch“ zur Ansicht ausgestellt. Auf Grund des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts wird Ihnen im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit und Ordnung das fernere Ausstellen der Blätter untersagt.“ Auf die Klage des Herrn Wendler hob der Bezirksausschuss die Verfügung des Polizeipräsidenten auf. Jetzt hat sich nun das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz mit der Angelegenheit befaßt. Es wies die Berufung des Polizeipräsidenten ab und führte aus: Ein präventives (vorbeugendes) polizeiliches Einschreiten gegenüber den Erzeugnissen, die § 2 des Reichs-Preßgesetzes aufzähle, sei unzulässig. § 2 erwähne außer allen Erzeugnissen der Buchdruckerpresse auch alle andern, durch mechanische oder chemische Mittel bewirkten, zur Verbreitung bestimmten vervielfältigten von Schriften und bildlichen Darstellungen mit oder ohne Schrift. Zu diesen bildlichen Darstellungen gehörten die fraglichen Kunststudien und Kunstblätter mit ihrer Wiedergabe nackter Menschen. Soweit habe es sich für das Gericht erledigt, darüber zu entscheiden, ob ihre Ausstellung im Schaufenster geeignet gewesen sei, die Sittlichkeit und öffentliche Ordnung zu gefährden.

Unter der Auflage einen Menschen vorsätzlich vom Balkon herabzuführen zu haben, so, daß derselbe den Tod erlitt, waren die Arbeiter Max Vode und Bernhard Sodemann beschuldigt, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II standen. Am Rommendam in Charlottenburg befindet sich in dem ersten Stockwerk eines Hauses die Restauration des Schankwirts Schulz. Hier spielte der Angeklagte Vode in der Nacht zum 11. Juli mit dem Arbeiter Krause Willard. Später kam noch der Angeklagte Sodemann hinzu, der sich auch an dem Spiel beteiligte. Es wurde um Weibhieb gespielt, Vode war stets der Verlierer. Schließlich forderte dieser den Krause auf, um 50 Pfennig zu spielen. Krause ging darauf ein und gewann zweimal. Nun erhobte Vode den Einsatz auf 1 M. Er verlor wieder zwei Partien. Der durch den Bemüh der Getränke und durch den Verlust in große Erregung geratene Vode wollte jetzt um einen Taler spielen. Krause versuchte, ihm dies auszureden und sagte hinzu: „Wenn Du wieder verlierst, sagst Du morgen in der Fabrik, ich hätte Dich ab-

gebüßelt.“ Diese Äußerung rief Vode über, was Krause Wortwechsel zwischen die beiden handgemein. Die Ringenden stürzten gegen die zur Veranda führende Thür, die offen stand; auf dem Fußboden der Veranda liegend balgten die Kämpfenden sich herum. Sodemann kam jetzt seinem Freunde Vode zur Hilfe, welcher zu unterlag. Kaum hatten sich die Ringer erhoben, als Vode den Begner von neuem packte und ihn gegen das Geländer der Veranda drückte. Er packte ihn an die Hüften und bog seinen Oberkörper hinterüber. Nun soll Sodemann dem Krause die Seine hochgehoben haben, so daß dieser widerstandsunfähig wurde. Im nächsten Augenblick stürzte Krause Körper über die Brüstung. Er fiel auf den Kopf und blieb regungslos liegen. Es stellte sich heraus, daß er infolge eines doppelten Schädelbruchs und einer Genickverletzung auf der Stelle verstorben war. Der Täter hatte verschiedene Anwohner an die Fenster gelockt, welche ihrer Empörung über die rohe That Ausdruck gaben. Dem Angeklagten Vode war bei dem Kampfe der Hut heruntergefallen. Er begab sich in den Vorgarten, wo sein Hut neben Krause lag. Ohne sich um diesen zu kümmern, nahm Vode seinen Hut und entfernte sich. „Wollen Sie sich denn garnicht um den Mann kümmern?“ rief ihm einer der Anwohner zu. „Soll ich ihn Ihnen vielleicht noch ins Fenster werfen?“ lautete die Antwort.

Im Termin wurden die Angeklagten von den Rechtsanwält Dr. Werthauer und Volkert verteidigt. Vode war geständig, während Sodemann bestritt, mit Hand an den Verstorbenen gelegt zu haben. Er wurde aber selbst durch den Mitangeklagten belastet. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig der schweren Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter milderen Umständen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Vode sechs, gegen Sodemann vier Jahre Zuchthaus, das Urteil lautete auf vier bezw. drei Jahre Zuchthaus und je fünf Jahre Exterrest.

Ein Schreibfehler hat sich gestern in unsem Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen Otto Klein eingeschlichen. Klein gehörte früher nicht der Gemeindevertretung zu Niddorf, sondern der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als socialdemokratisches Mitglied an.

Das Automobil ist nunmehr in die Reihe der Verhite! eingetretten, mit denen sich die Strafammern tagtäglich unter dem Gesichtspunkte der fahrlässigen Körperverletzung oder der Transportgefährdung zu beschäftigen zu haben. Die erste derartige Anklage führte gestern den Automobilfahrer, früheren Preis-Radfahrer Arthur Heymann vor die vierte Strafammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist Vertreter einer Automobil-Fabrik und fährt zur Reklame für seine Firma mit dem Töfftöff täglich durch die Straßen Berlins. Am Sonntag, 23. Juni, wollte er ohne diesen Nebenwed eine Vergnügungs-fahrt mit einem Bekannten unternehmen, diese wurde aber gleich im Anfang durch einen kleinen Unfall gestört. Als der Angeklagte von der Deutzerstraße in die Brandenburgerstraße einbog, hatte er das Unglück, mit dem linken Vorderrad ein über den Damm gehendes 16 jähriges Mädchen zu streifen, so daß dieses zu Boden fiel und sich eine Quetschung am Fuß zuzog. Erstere Folgen hat der Unfall für das Mädchen nicht gehabt. Der Angeklagte behauptete, daß er ganz vorchriftsmäßig gefahren sei und das Mädchen selbst die Hauptschuld an dem Unfall trage, da es bei dem Warnungssignal nicht stehen geblieben, sondern unruhig hin und her gelaufen sei. Mehrere Drohschreiben befanden sich dabei an Augenzeugen, daß der Angeklagte entschieden zu schnell um die Ecke gefahren sei und auch eine solche Richtung genommen habe, daß das Mädchen sich nicht hätte retten können. — Staatsanwalt Behrer hielt eine Philippika gegen die Automobilfahrer, die so ungesittlich durch die schon so schwer belasteten Straßen jagen, daß der Straßenpassant seines Lebens nicht mehr sicher ist. Er beantragte 300 Mark Geldstrafe event. 60 Tage Gefängnis. — Rechtsanwalt Morris bestritt, daß in diesem Falle die Vorwürfe des Staatsanwalts zutreffen und hielt schon aus rechtlichen Gründen eine Freisprechung für geboten. Wie festgestellt worden, habe der Angeklagte an jenem Tage eine Vergnügungsfahrt machen wollen, die etwa begangene Fahrlässigkeit sei also nicht während einer beruflichen Tätigkeit begangen worden, und wenn dies erschwere Moment wegfiel, würde ein Strafentwurf notwendig sein, der hier aber fehle. — Der Gerichtshof schloß sich diesen juristischen Bedenken nicht an. Er stützte sich dabei auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts, wonach es zur Anwendung des § 200 Absatz 2 genügt, wenn dem Angeklagten vermög seines Berufes eine Sachkenntnis inne wohne, die er fahrlässigweise außer Augen läßt. Die Automobilfahrer, welche so rücksichtslos durch die Straßen jagen, seien eine gemeine Gefahr für das Publikum; letzteres könne von Leuten, die mit derartigen doch noch mangelhaften und erst zu erprobenden Behältern durch die Straßen fahren, verlangen, daß sie ganz besonders sorgfältig und vorsichtig sind. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis.

Wahlvereine des Barbiers „Nachricht Wissen und Wissen ist Macht“. Montag, den 7. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Holmeisterstraße 57: Sitzung. Gäste willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Niddorf-Bein. Sonntag, den 1. d. M., im Apollo-Theater, Hermannstraße 44-60: Vereins-Versammlung. Tagesordnung: Geschäftliche Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Jahrestag Berlin. Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hauptvorstehenden Kollegen Köppler-Mörsburg. Nachdem: Geseftliches Beisammensein und Tanz. Zahlreichen Besuch der Kollegen nebst Damen erwartet. Die Lokalverwaltung.

Vermischtes.

Schreckensszenen in einer Kaserne. In Stuhlweihenburg eignete sich ein schrecklicher Vorfall: Eine Abteilung des Infanterie-Regiments Jellacic kam aus dem benachbarten Wahlbezirk, wo sie Polizeidienste bei den Wahlen geleistet hatte, zurück. Beim Eintreffen in die Kaserne schloß der Infanterist Josef Täger, der plötzlich in ahnungslos geworden war, aus seinem Dienstgewehr auf den Oberleutnant Wilhelm Giffing und traf ihn in die Brust. Der Offizier wurde in schwerverletztem Zustande ins Garnisonlazarett gebracht. Niemand wagte es, sich dem wie rasend geredenden Infanteristen zu nähern. Ein Gefreiter Namens Mayer eilte schließlich in ein gegenüberliegendes Haus und schloß, da der Jüngling auf keine andere Weise unschädlich gemacht werden konnte, auf Befehl des Stationskommandanten aus dem offenen Fenster in den Kasernehof auf den Infanteristen Täger und traf ihn in den Hals. Täger wurde gleichfalls in schwerverletztem Zustande ins Lazarett gebracht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

H. P. 21. Die Kenntnis der lateinischen Sprache ist zur Erlernung der italienischen Sprache gewiß wertvoll, aber nicht notwendig. Unterrichtsbriefe für diese Sprache sind im Verlage von Haberland (Morgensheim) Leipzig erschienen, auch will der Verlag Lössel & Langenscheidt demnächst derartige Unterrichtsbriefe herausgeben. Daß auf einer Fortbildungsklasse in der italienischen Sprache unterrichtet wird, ist uns nicht bekannt. Wegen der zweiten Frage wollen Sie sich an einen Buchhändler wenden.

2. Paris. Adolf Schustermann, Zeitungs-Anschreiben-Bureau, Berlin O., Blumenstraße 80/81.

Friedrichberg. 1. Der Pfandinhaber, also z. B. der Hauswirt oder jemand, dem eine Sache als Pfand für ein Darlehen gegeben ist, hat zwei Wege, um zur Befriedigung zu gelangen, die aber beide teilweise sind. Entweder kauft er seine Forderung ein und läßt dann durch einen Gerichtsvollzieher auf Grund des Urteils die Pfändung und den Verkauf des Pfandes vornehmen. Oder er wählt den Weg, der ihm wenigstens die Gerichtsbesen erspart, nämlich den der Versteigerung ohne vorhergehende Klage. Die Versteigerung findet auch in diesem Fall durch einen Gerichtsvollzieher statt. Dem Eigentümer muß der Verkauf angedroht werden. In der Androhung ist der Geldbetrag zu bezeichnen, wegen dessen der Verkauf stattfinden soll. Der Verkauf darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Androhung erfolgen. Auch dieser zweite Weg führt insbesondere bei kleinen Forderungen zu verhältnismäßig erheblichen Kosten. Das raschnste für Gläubiger und Schuldner bleibt deshalb eine Vereinbarung, daß freihändiger Verkauf stattfinden darf. 2. Sind Sachen auf Teilzahlung entnommen, so werden sie dennoch mit der Uebergabe Eigentum des Schuldners, falls nicht ein Eigentumsvorbehalt gemacht oder ein sogenannter Arbeitsvertrag geschlossen ist. Auf Intervention des Eigentümers ist es in dem letzteren Falle raschn freizugeben. — Schneider. Die Bestellung kann auch zu Händen eines Dritten erfolgen. — Bescheid. 1. und 2. Erbschaftsteuern, die an Gewinnschiffer fallen, sind mit 2 Proz. Erbschaftsteuer belegt. 3. Ja. 4. Ja, aber nur mit dem voranschläglichen Wert. — 2. 5. 51. Wenden Sie sich an die Verbandsmittler Ihrer Organisation. — Richard. 1. Es ist zum Besuch der hiesigen Fortbildungsklasse zu raten. 2. Ist im Betrag als Gehalt der Arbeitszeit 7 Uhr vereinbart, so ist Ihr Sohn nicht verpflichtet, über diese Zeit hinaus und gar bis 9 zu arbeiten. Teilen Sie das der Firma mit und lassen Sie Ihren Sohn um 7 Uhr das Geschäft verlassen. — R. O. Reineckedorferstraße. 1. Ja. 2. Nein. — 25. Wobbit. Ist die Scheidungsrechnung weder durch Ratenszahlungen noch sonst wie nach dem 31. Dezember 1898 anerkannt, so ist sie verjährt. — Abonnent Kotbus. Die Frage, ob in einem Scheidungsprozess trag des Geschäftes der Beklagten Zeugen zu vernahmen sind, hat das Gericht nach seinem Ermessen unter Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände zu entscheiden. Beweis wird die Frage, ob einem beideten oder nicht beideten Zeugen Glauben zu schenken ist, ohne Rücksicht auf Anträge der Parteien entschieden. — P. W. 1. und 2. Ja. — F. P. 3. Nein. — R. S. 100. Verbrauchen Sie den Wert der Wertpapiere nicht, so liegt ein Anlaß zum Verkauf wohl nicht vor. — D. 17. Die 50 Pf. brauchen Sie nicht zu zahlen, müssen aber die vertraglich übernommene Verpflichtung der Reinigung ausführen, auch wenn dies von den andern Mietern nicht geschieht. — R. S. Eine Klage gegen Eltern, deren Kind Ihnen eine Scherbe eingeworfen hat, auf Schadensersatz hätte Aussicht auf Erfolg. — Georg R. Da Sie erst nach Herstellung von Ihrer Krankheit entlassen wurden, so war diese ungerichtlich. Sie könnten auf Zahlung des rückständigen Lohnes, abzüglich des Krankengeldes und auf Zahlung des Lohnes bis zum 1. Januar 1902 bei dem Gewerbeamt klagen.

Dr. Kurt Rosenfeld
Alice Kristeller
Verlobte. 19755

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband.**
Den Mitgliedern zur Mitteilung,
daß der Kollege, Tischler
Paul Werner,
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonn-
tag, den 6. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Emmanuels-
Kirchhofs aus statt. 109/119 Die
Christenverwaltung.

**Verband der Vergolder
und Berufsgenossen.**
(Filiale Berlin.)
Am 1. Oktober starb unser Mitglied
Hermann Wolff
am Herzschlag. 226/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle der Friedens-
Gemeinde in Nieder-Schönhausen
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die zahlreiche Verteilung sowie
für die vielen Kranzspenden beim
Begräbnis meines lieben Beamtens,
Herrn Adolf Wisnmann, sagen wir dem
Gesangsverein „Nordwest“, den Kol-
legen der Union G. G., dem Metall-
arbeiter-Verband, den Genossen des
554. Bezirks des 6. Berliner Reichs-
tags, Wählkreises, den Kollegen der
Riles-Werke, Ober-Schönhaide, dem
Vorstand und den Delegierten der
Krankenkasse Union G. G., sowie allen
Freunden und Bekannten unsern tief-
gefühlten Dank. 151/72
**Anna Piper als Braut
nebst Eltern.**

Neumanns Volksgarten
Nachfolger Schmitz,
Brunnenstr. 150.
Borzügl. Wintergebäude, Vereins-
stimmer, sowie Saal zu Festlichkeiten
zu vergeben. 9786

Freunden und Bekannten die trau-
rige Nachricht, daß meine liebe un-
vergleichliche Frau 9876

Minna Geike
geb. Bardouche
nach langen Leiden am 6. Oktober
7 Uhr früh sanft entschlafen ist.
Hermann Geike, Schankwirt,
985b
Alt-Moabit 50.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 8. d. M., nachm. 3 Uhr, vom
Knochenhaus Krankenhaus nach dem
Central-Friedhof Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Ich wohne jetzt: 9105
Charlottenstrasse 16 II.
Dr. Böhm,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren.

Berliner Konsumverein.
Abteilung II, Osten.
Abteilungs-Versammlung
am Montag, 7. Oktober, abends
8 1/2 Uhr, im „Freischütz“, Frucht-
straße 36 a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag d. Herrn Dr. R. Stein er
über „Entstehung der Religionen“.
2. Diskussion. 3. Beschlußabend.
Aufnahme neuer Mitglieder.
Gäste sind willkommen. 264/20

Bekanntmachung.
Die VII. Abänderung zum Statut
der Orts-Krankenkasse der
Dachdecker Berlins § 12,
Abt. 2 § 18, Abt. 1 § 19, Satz 2
und § 52, Abt. 1, Satz II, sind vom
Bezirksausschuß am 6. August 1901
genehmigt und treten somit in Kraft.
Heinrich Apel,
Schriftführer.
Georg Krebs,
I. Vorsitzender.
9805

Engl. Garten.
Alexanderstraße 27 c.
Säle im November, sowie der
Totensonntag und 1. 2. Weihnächts-
feierling zu Festlichkeiten noch zu
vergeben. 22038*

**Brauerei
Germania**
Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2945

empfiehlt für 1,50 frei Haus

18 Fl. 4/10 Lagerbier [23160*]
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
20 Fl. Doppel-Weissbier.

WICHTIG
für jedermann, auf leichtem und
reellem Wege lohnenden Neben-
verdienst. — Genau Adressen-
angaben unter J. O. 8992 Ver-
lässlich* an Rud. Mosse, Berlin SW.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Bereinszimmer,
große, sind Neue Friedrichstr. 20
zu vergeben. 7296*

Zahn-Klinik. beliebige Teil-
zahlung.
Invaliden-
strasse 145

Olga Jacobson,

Heinzelmann & Co., Berlin, Brandenburgstr. 44. Cigarren-
Bläsigte Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer. Preisliste von
20 M. an. Bei guten Referenzen entsprechender Kredit. [24002*]

Zum Quartalswechsel

empfehlen wir zum Abonnement:
Socialistische Monatshefte
Internationale Revue

Administration: Berlin W., Lützow St. 85A.
Preis pro Quartal 1,50 Mk. Einzel-Heft 50 Pf.

Die im VII. Jahrgang stehenden Socialistischen
Monatshefte sind ein unabhängiges Organ für Theorie
und Praxis des Socialismus, eine Revue des geistigen
und sozialen Lebens. Sie dürfen sich rühmen, durch die
in ihnen veröffentlichten Arbeiten zur Klärung der An-
schauungen in der Sache des Socialismus beigetragen zu haben und in
der Behandlung aller Probleme von öffentlichem und culturellem
Interesse den Namen einer modernen Zeitschrift zu verdienen.
An den Socialistischen Monatsheften arbeiten die ersten Kräfte
des internationalen Socialismus mit, namhafte Vertreter der Wissen-
schaft und der Kunst, wie Dr. Leo Baeck, Richard Suer, Eduard
Bernstein, Wilhelm Bölsche, Richard Calwer, Dr. Eduard
David, Richard Dehmel, Kurt Eisner, Adolph von Elm, Paul
Göhre, Wolfgang Helme, Hugo von Hofmannsthal, Jean
Paurès, Paul Kampffmeyer, Ellen Key, Prof. Antonio Labriola,
Carl Legien, Dr. Max Quader, Prof. Elise Reclus, Max
Schippel, Dr. Conrad Schmidt, Robert Schmidt, Hermann
Siehr, Prof. Emil Vanderveelde, Georg von Vollmar u. a. m.
Besondere Wert legen die Socialistischen Monatshefte
auf eine sorgfältige Behandlung der Rundschau, die eine Uebersicht
geben soll über unser öffentliches Leben — im speziellen
über den Socialisierungsprozess innerhalb der gegenwärtigen
Gesellschaft —, aber die Fortschritte der Wissenschaft und der
Kunst. Die einzelnen Rubriken werden von Fachleuten bearbeitet.
Beigegeben werden Portraits der für das moderne Geistes-
leben in Betracht kommenden Persönlichkeiten.
Probehefte sind gratis und franco zu beziehen durch den
Verlag der Socialistischen Monatshefte
Berlin W. 35, Lützow St. 85A.

Achtung! Emil Richter Achtung!
empfehlte seine freundlichen Vorkäufte. Warme und kalte Speisen zu jeder
Zugszeit. Großes Vereinszimmer mit Piano, auch für Gewerkschaftsfest-
gerichtet, steht zur Verfügung. 983b
Pankow, Vollandstr. 91. Fernsprecher: Amt Pankow, No. 74.

Zähne vorzügl. fixiert. Garantie. Teilzahl. Blomb. Schmiedl.
Bohms, Ullrich, Schlecht, Geb. Goldstein, Oranienstr. 123

Beachtenswert zum Umzuge!

Gardinen

in grosser Auswahl und in den schönsten Mustern, **1,30** an das Fenster von

S. Weissenberg,

Grosse Frankfurter Strasse 126, (Ecke Koppen-Strasse).

Internationale Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen
BERLIN 1901.

Von der Jury wurde den

SINGER Nähmaschinen

die vom Königl. Ministerium des Innern gestiftet

Goldene Medaille

der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltruf der musterhäßlichen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen.

SINGER Elektromotoren, speziell für Nähmaschinenbetrieb, in allen Größen.

SINGER Kraftbetriebs-Einrichtung neuester Konstruktion.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

Hauptgeschäft:
BERLIN, II - Kronen-Strasse - 11.

Größt Detailgeschäft:
BERLIN, Leipziger-Strasse 86.

Filialen in allen Stadtgegenden.

Echt Stonsdorfer Bitter-Liqueur

a Literflasche M. 1,30, 5 Liter M. 5,50, 10 Liter M. 10,--.

Ungarwein

Original-Abzug von Franz A. Jálcs & Co. in Budapest.
Med. 1/2, Ausbruch a Literfl. M. 2,10, 10 Ltr. M. 17,50 exkl.

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack
* * * * * a Ltrfl. M. 2,10, 2,50, 3,--

Eugen Neumann & Co., Amt IV. 9876.

Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29.
Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elsassstr. 71. Puthuserstr. 35.
Wilanckerstr. 25. Schönberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg,
Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Eigene Fabrikation.

Zeitige Kleider

Enorm billig
praktische reinwoll.
Jackettkleider

neue Modelle
elegante Façons
in Covercoat u. Homespun
15 W., 20 W., 25 W.
in feiner Ausführung 36 W.
Reich garnierte

Strassenkleider
30 W., 40 W., 50 W.

Schwarze Kleider in
Phantasiefarben 20 W., 25 W.,
Blusenhemden, entzündende
Wiener Streifen 4,50 W.,
6,50 W., 8 W.

Eleg. weisse Kleider in
Cheviotfammgarn 30 W.

Tailor made-Kragen
aus feinem Stoff, beifarbig
u. schwarz, glatt u. befr. 15 W.,
20 W.

Kostümröcke
elegante Façons

6 W., 7 W., 10 W., 12 W.,
15 W., aus Seide 25 W.,
aus Alpaca 4,50 W., 6 W.,
bis 30 W., aus weiss und
crème-Cheviot und Piqué
3, 5, 7-15 W.

**Englische
Taillekleider**

taffelsofer Stg., feinste Schneider-
arbeit in Cheviot, Homespun und
Sobertuch 36 W., 45 W., 50 W.
Selbstenblusen in eleganten
Phantasiefarben 6,50 W., 8 W.,
10 W., 15 W.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse,
Ecke Lindenstrasse,
Mass - Anfertigung.

Wer Stoff hat!

fertige unter Garantie taffelsofen
Stück, gute Zuthaten, Anzug
18 W., Winterpaletot 18 W.

Alexander Schmidt,
Wienerstr. 1-6, Ecke Stallger-
strasse, vorn 1 Tr.

Gingang von Stallgerstrasse aus.
Mit Stoff Anzug von 27 W.,
Winterpaletot v. 28 W. an [2284].*

Wir bereiten uns

Cognac Rum Branntweine

und verwenden
familt. Tiquenre selbst dazu nur echte

Original-Reichel-Essenzen mit der Marke „Lichterherz“

Kein Misslingen! Die Erfolge überraschen! Man prüfe selbst!
Jede Originalfl. in Gebrauchsbott. 40, 50, 60, 75 Pf. etc.
gibt bis 2 1/2 Liter u. in feineren Sorten.
Geringe Selbstkosten! Vorrätig über 100 Sorten. Bedeutende Ersparnis!

Erhältlich bei:
Otto Reichel, m. Dampftrieb, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4, Fernsp. IV 3190
IV 646

und in den durch meine Plakate kenntlichen Niederlagen.
Wo keine Niederlagen frei Haus durch meine Gespanne! Versand u. auswärts gegen Voreinzahl od. Nachz.
Verlangen Sie ausdrücklich **Echte Original-Reichel-Essenzen**
und nehmen Sie nur Originalflaschen mit
meinem Namenszuge und Schutzmarke **Lichterherz**

Man achte insbesondere auf unverletzten Kapselverschluss mit meiner Firma.
Jeder verlangt kostenfrei: Die Destillation im Haushalte.
Täglich begeisterte Anerkennungen. Wissende Gutachten von Kennern.
Vollen Sie sich nicht durch unechte Fabrikate täuschen!



Ein Versuch überzeugt!

Ringfreie Milch.

Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich trotz fallender Anschaffungskosten
dennoch ringfreie Milch führe; der Milchvertrag liegt zur gef. Ansicht aus.
9868
Gollme, Benkenstr. 58.

IX. IX.



Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.

3333 Gewinne Wert Mark

1000000

Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.

Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark

Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme
Carl Heintze, Berlin W.
Unter den Linden 3. [2371].*

Arm u. Reich

Alles gleich; jeder raucht sie mit Be-
hagen! 500 Stk. u. so sehr beliebten
Havanillos verschende ich jetzt für nur
7 W. 1000 Stk. nur 13 W. fert. im
Haus. Ferner verschende 200 Stk. hohe-
volle, große 5-6 W. Cigarren, garan-
tiert rein überfein, n. Aroma und
Brand, für nur 7 W. 80 Pf. fert. im
Haus! Über 2000 Anerkennungs-
schreiben! Keinen Wernig Mist, da
ich nicht gefallende Fabrikate um-
tausche oder dessen Beitrag zurück-
erhalte. Versand gegen Nachnahme.

R. Tresp, Cigarrenfabrik,
Neustadt (Westpr.) d. Danzig. T. 2

Dr. Schönemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 5

Wer schnell und zu constanten
Bedingungen 22500*

Geld!

Darlehen oder Hypothek sucht,
verlange unsern Hypotheken-
und Darlehens-Nachweis.

H. Bittner & Co.,
Hannover-Z.

Roh-Tabak

Gute Qualitäten, weicher Brand.

J. Fränkel,
5 Neue Promenade 5.

Sebastian Gröbel,
181 Brunnenstrasse 181.

Roh-Tabak 2501L*

E. Nauen, Tempelstr. 3.

A.B. Koch,

Kohlen- und
Briquetts-Großhandlung,
Königl. Brombergerstr. 15.
Cbdahn.

Roh-Tabak,

familt. Meistellen zur

Cigarren-Fabrikation

offertiert in der größten Auswahl
zu den billigsten Preisen

W. Hermann Müller,
22 Alexanderstrasse 22.

Roh-Tabak.

Größte Auswahl. - Billigste Preise.
J. Wienert Nachf. L. Lehmann
23 Rosenthalerstr. 23. *

Roh-Tabak

24110*) Max Jacoby, Streitbergerstr. 52

Rohtabak.

Größte Auswahl. - Billigste Preise
Unter Brand! Vorzügliche Qualität.
Sämtliche [24100*]

Fabrikations-Mittel.

Neue Formen, sehr große Auswahl
zu Originalfabrikpreisen.
Heinrich Franck,
185 Brunnenstr. 185.

Mache meine werthe Kundsch. darauf
aufmerksam, daß es sich empfiehlt, be-
sonders Brechtlohlen nur nach Ge-
wicht zu kaufen.

Bis auf weiteres liefere ich ab meinem
Lagerplatz, Brombergerstr. 15:
Zeustenberger Marie I, 7 Zoll,
pr. Ctr. 85 Pf.
Zeustenberger Marie Ia, 7 Zoll,
pr. Ctr. 90 Pf.

Specialmarke Zeustenberger
Mariengrün* 7 Zoll 95 Pf. -
Rise 7 Zoll 1 W. 1 Ctr. 112-120 Stk.
Bürfel-Briquetts pr. Ctr. 75 Pf.
Gas-Coals, zerlein, pr. Ctr. 145 W.
Gas-Coals, Erden, pr. Ctr. 125 W.
1 Hektoliter wiegt ca. 90 Pf.
Andere Brennmaterial u. bill. Preisen.
Anfuhr pr. Ctr. 5 W. Abtragen nach
dem Keller pr. Ctr. 5 Pf.

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.

Bol Hosten, Asthma.

Die Heilkraft von Pohl's Brombeer-
wein ist erprobt bei Asthma, Lungen-
leiden, Bronchialkatarrh, Atemnot,
Heiserkeit, Auswurf, Verschleimung,
Rechtlohlen, Krampf im Halse, Nerven-
schwäche, Insomnie, Ermüdung u. Schlaf-
losigkeit, ärztlich empfohlen. Preis per
Flasche 1 Mark, 10 Fl. 9 Mark.

Brombeerbonbons
wollschmeckend u. leichtl. 1/2 Pf.
30 Pf. Für Kinder empfehle gleich-
zeitig meinen

Brombeersaft
gegen Rechenleiden, Schlaflosigkeit, ist
stark zu 60 Pf. und 1 W. nur allein bei
Georg Pohl, Drogerie, Brunnenstr. 157.

Jacob Gebrüder Nachfl.

Wilmsdorferstr. 56 Waren-Kaufhaus Charlottenburg Wilmsdorferstr. 56
3 Minuten vom Stadtbahnhof. 3 Minuten vom Stadtbahnhof.

Gratis-Photographien

bei einem Einkauf von 5 Mark an.

Warenhaus A. Wertheim

Rosenthalerstr. 27-29.

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).

Oranienstr. 52-55.

Montag, Dienstag, Mittwoch, soweit der Vorrat reicht:

Emaile

Schmortöpfe	5 Grössen, ohne Ring	38 bis 75 Pf., mit Ring	45 bis 95 Pf.
Kasserollen	5 Grössen, mit Ring	42 bis 80 Pf.	
Ringtöpfe	5 Grössen	50 bis 95 Pf.	
Schüsseln	flach, 7 Grössen	15 bis 70 Pf., tief, 5 Grössen	35 bis 90 Pf.
Schüsseln mit Seifnapf		60 Pf.	
Kehrschaufeln	5 Grössen	35 bis 60 Pf.	
Wasserkonsole	mit 1/2 Liter-Mass	38 Pf.	Seifenhalter mit Haken 16 Pf.
Wannen	5 Grössen, rund	1.30 bis 2.40 Mk., oval	1.20 bis 2.85 Mk.
Eimer	Durchmesser ca. 28 cm, grau	75, hellblau od. marmor.	80 Pf., dekoriert, m. Deckel 1.75

Wirtschafts-Artikel

Haarbesen	grau	65, 85 Pf., 1.15 Mk.	Fleischmühlen	2.90, 4.50 Mk.
Handfeger	grau	38, 45, 50 Pf.	Messerputzmaschinen	m. Schmirgel u. Brett 6.25 Mk.
Rosshaarbesen		1.30 u. 1.50 Mk.	Kaffeemühlen	80, 85, 90 Pf.
Rosshaarhandfeger		60 u. 75 Pf.	Wirtschaftswagen	1.85, 2.75 Mk.
Schrubber		20 u. 25 Pf.	Schirmständer	gusseisen 2 Mk.
Teppichbesen		1.— u. 1.20 Mk.	Ofenvorsetzer	2, 2.50, 3 Mk.
Teppichhandfeger	lackiert	30, 40, 45 Pf.	Ascheimer	Gr. 40-95 Pf., stark 1.15, 1.35, 1.50
„	poliert	65, 75, 85 Pf.	Kohlenkasten	1.15, 1.30, stark 1.40, 1.75
Teppichkehrmaschine		6.50 u. 9 Mk.	Briefkasten	38, 55, 75 Pf.
Fensterleder		45, 60, 85 Pf.	Tischbestecke	schwarzes Heft Paar 40, 55, 75 Pf.
Zink-Waschfässer		7.50, 8.75, 10 Mk.	„	vernickeltes Heft „ 40 u. 80 Pf.
Waschzober		8.50, 11 Mk.	Esslöffel	Dtz. 1.30 Mk. Theelöffel Dtz. 65 Pf.
Wringmaschinen		11.50, 12.—, 12.50	Holzkasten	mit Aufschrift 1.60, 2.25, 2.75 Mk.
Wäscheleinen		1.50, 2.25, 2.90	Putz u. Wichskasten	22 u. 45 Pf.
Klammern	Bund ca. 1 Schock	14 Pf.	Spirituskocher	mit Röhrenbassin 25 Pf.
Waschständer		85 Pf. u. 1.10 Mk.	Reibemaschinen	1.10 Mk.

Küchenlampen 45, 60, 75 Pf. Tischlampen 1.45, 2.10, 3.75 Mk.



Ausserdem
Glas und Porzellan
zu Extra-Preisen.



Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Seefracht-Verkehrs.

Seit einigen Monaten vollzieht sich im deutschen Außenhandel ein sehr lebhafter Umschwung: die Einfuhr geht im Vergleich zum Vorjahr mehr und mehr zurück, während andererseits in verschiedenen von der jetzigen Krise betroffenen Industriezweigen ein vermehrtes, kräftigstes Abstoßen der auf dem Inlandmarkt unverkäuflichen, angehäuften Vorräte erfolgt.

In diesem Jahr hat sich jedoch trotz der günstigen Witterung die Geschäftslage wieder eingestellt, und zwar besonders früh und intensiv. Der Passagierverkehr nach den Vereinigten Staaten, das heißt von Deutschland nach drüben, läßt auch in diesem Herbst wenig zu wünschen übrig, da im Frühjahr und Sommer eine große Menge amerikanischer Vergnügungsreisender herüber gekommen ist, und viele noch bedenklicher um den Frachttransport von den amerikanischen Häfen nach Deutschland, zumal trotz der vorzüglichen Weizenpreise die Weizenverladung noch immer nicht in Fluß kommen will.

Die voraussicheren sind die Preise für Hausbrandkohle nicht erniedrigt, die Ausrüstung der kleinen Konjunktur soll fortgesetzt werden. Die märkischen Schiffer klagen über schlechte Zeiten, wie sie seit vielen Jahren nicht dagewesen sind.

Das Coalsyndikat hat nach den jetzt veröffentlichten Zahlen für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September d. J. einen Rückgang von 500 000 Tonnen gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres zu verzeichnen. Die Differenz steigerte sich von Monat zu Monat und würde wahrscheinlich noch größer sein, wenn nicht die bekannnten Juwagnittel zur Abnahme der vereinbarten Lieferungen angewendet wären.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 6. Oktober. Freie Volkshäuser. Berliner Theater. 11. Abteilung (grüne Karten) und 12. Abteilung (weiße Karten): Die Waise von Lowood, Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonntagnachmittag 3 Uhr: Helmat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 3 Uhr: Keine Preise Maria Stuart. Maria Stuart: Die Waise von Lowood.

Central-Theater.

Heute 2 Vorstellungen: Nachm. 3 Uhr: Südamerikanische Vorstellung zu halben Preisen: Die Geisha. Abends Anfang 7 1/2 Uhr: Giroflé-Giroflá.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage: Ein tolles Geschäft. Große Ausstattungsvorstellung mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.

Metropol-Theater.

Schön war's doch! Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser. Else de Veré a. D. Frid-Frid. F. Georgette.

Saharet!

Anfang 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet. Deutscher Hof Luckauer - Strasse 15 (am Moritzplatz). Heute: I. Gesellschafts-Concert des Berliner Tonkünstler-Orchesters (60 Künstler).

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken. Montag: Dieselbe Vorstellung. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165. Horwarths wunderbare 6 Liliputaner mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Berliner Aquarium.

Unter den Linden 68a. Eingang Schadowstr. 14. Heute Sonntag Eintrittspreis: 50 Pf. Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

Passage-Theater.

Anf. wochent. 5, Sonntags 3, Ende 11 Uhr. Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.

Adelina Sozo.

Prima ballerina assoluta. Traudchen Hundgeburth, die Kuhmagd aus dem Rheinlaude. Hasl und Frauzl, die bayrischen Juxbrüder und Schuhplattler. 18 erstkl. Nummern.

Cirkus Albert Schumann.

Renz-Gebäude, Karlstrasse. Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr: 2 große außerordentliche 2 Gala-Vorstellungen. In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends, gleich reichhaltiges, abwechslungsreiches Neben-Programm.

Sanssouci

Kottbusserstr. 4a. Wiederauftreten von Adolf Hoffmann. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr. von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Bodentag 15 und 30 Pf. Bodentag 30 und 50 Pf. Bodentag 50 und 75 Pf. Bodentag 75 und 100 Pf. Bodentag 100 und 150 Pf.

Apollo-Theater.

Miss Balfa * Ellen Sousa Robert Steidl Lucie Verdier * Brota. Avolo * Wallno u. Mariett * Der Kosmograph.

Neu für Berlin Neu Sensationell!!!

Mrs. Cussac-Talma. Ferner um 9 Uhr: Frau Luna mit dem Luftballett „Grigolalis“. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger. Herrliches Programm. u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Cirkus Busch. Sonntag, den 6. Oktober 1901: 2 grosse Gala-2 Vorstellungen.

Palast-Theater

(früher Reen-Palast) Jungstr. 22. Direktion: Winkler u. Fröbel. Sonntag, d. 6. Oktober 1901: Gr. Extra-Vorstellung. 15 Sensations-Nummern. Ganz besonderes Programm. Nur von Besten das Beste. Um 8 1/2 Uhr Direktor W. Fröbel als Schlichtermehr in der Operette Weibliche Barbierere. Die drei Silbersterne. Der Musik-Sport-Akt. Lebende Massen-Photographien. Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Bietet-Borberlauf von 11-1 Uhr.

Schall und Rauch,

Unter den Linden 44. Wegen baulicher Schwierigkeiten ist die Eröffnungs-Vorstellung bis zum 9. Oktober verschoben. Anfang 8 1/2 Uhr. Preise der Plätze: Fautuill 10 M. Loge 6 M. Parkett 6, 5, 3 M.

Schweizer-Garten

Am Königsthor, Am Friedrichshain. Heute: Letzte grosse Specialitäten-Vorstellung in dieser Saison. Im Saal Gr. Ball. von 4 Uhr an Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Casino-Theater.

Lothringerstrasse 27. Neu! Mary Elly. Neu! Fritz Liard. Ring des Dr. Schrumm mit Steidl. Dazu mit andauerndem Erfolg Berlin W. - Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Waise von Lowood.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmest Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15. Jeden Sonntag und Dienstag: Großer Extra-Ball bei doppelt besetztem großen Orchester. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Specialitäten. J. N. Hatt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Graumann's Festsäle (früher Renz)

Naunynstrasse 27. Empfehle meine Säle, 100 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Feiern und Versammlungen. - Sonnabende und Sonntage im Dezember, Januar, Februar und März noch an Vereine zu vergeben. Gustav Graumann.

Quienstädtisches Klubhaus

Muenenstraße 16. Inhaber H. Grube. (Altes Gewerkschaftshaus.) Saal Samil. Graten 60 Pf., 75 Pf. Weiblich-Kaschierk. [2235] *

Andreas-Fest-Säle, Andreas-Strasse 21,

am Andreasplatz. Sonnabend, 2. November, wie auch Wochentage zum Wackelball 1902 nach frei. Die Säle sind neu dekoriert, die Parkettböden auf Sprungfedern erbaut. Scheinwerferbeleuchtung bei Polospielen in über 100 verschiedenen Farben, begleichen ca. 600 Projektions-Bilder nach Wahl für die Baulen stehen den Vereinen und Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung. Hochachtungsvoll 26002 *

Carl Stechert. Telefon: Amt VII Nr. 5323.

Restauration, Lortzingstr. 24.

Veerdzimmer mit Piano zu vergeben. Um freundlichen Zuspruch bittet Carl Koblenzer.

Achtung! Maurer! Achtung!

Zur allgemeinen Kenntnis, daß die tägliche Arbeitszeit in der Zeit vom 7. Oktober bis 10. November laut Vertrag acht Stunden beträgt und zwar vom 7 1/2 bis abends 5 Uhr mit 1/2 Stunde Mittagspause und 1 Stunde Mittagsruhe. Wir erlauben die Kollegen im Interesse der Allgemeinheit, für die heilige Innehaltung dieser Arbeitszeit Sorge zu tragen. Sollten sich hieraus Differenzen entspannen, so erlauben wir die Kollegen, uns umgehend den Ort und die Art der Differenz zu bezeichnen und bestenfalls per Karte mitteilen, damit letztere vom Arbeitgeber und bestenfalls per Karte mitgetragen aufgearbeitet werden kann.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Windscheidstrasse 29, Ecke Stuttgarter Platz - (am Stadtbahnhof Charlottenburg) - Neu eröffnet! Erkes Abstinenterheim. Anschauung von nur alkoholfreien Getränken. Um geeigneten Zuspruch bittet Adolf Gillmeister. 25192 *

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 18. Die wilde Rache. Folge mit Anfang in vier Akten von Max Halbe und Walter. Musik von G. Steffens. Nach der Vorstellung: Tanzfränzchen. Montag: Schuldig.

Urania

Wrangelstrasse 10/11. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen. 24300* C. F. Walter.

Gesellschaftshaus

Zwischenmänderstr. 42. Tägl. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball. Säle für Gesellschaften, Vereine, Solisten zu vergeben. [24388] *

Johannisthal

Raus Park - Restaurant. Jeden Sonntag: Grösser Ball. Kaffee-Küche, Kegelbahn, Ausspannung. Saal für Vereine u. Versammlungen.

6 Partei-Versammlungen

finden für Berlin
am Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
in folgenden Lokalen statt:

- I. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
- II. " Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
- III. " Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.
- IV. " Stechert, Andreasstraße 21.
- V. " Schweizer Garten, am Königsthör.
- VI. " Kösliner Hof, Köslinerstraße 18.

Tages-Ordnung:

Bericht der Vertrauensleute, der Preßkommission, der Lokalkommission und Agitationskommission der Provinz Brandenburg und Neuwahl derselben. Berichterstattung von der Brandenburger Parteikonferenz und vom Parteitag.

Um zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen ersuchen

200/5

Die Vertrauensleute.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“

Vereinsbureau: Kottbuser-Ufer 44a.

Montag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 7. Oktober, abends 8 1/4 Uhr:

Bezirks-Versammlungen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/21.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Waldock Manass über: „Der Kampf um die Doleit.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Schriftführers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Hierzu sind die Kollegen nebst ihren Frauen freundlichst eingeladen.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Kampf und Krise.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des Bezirksleiters. 4. Verschiedenes.
100/8

Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!

Mittwoch, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 13 (Saal II):

Kommissionierung mit Vertrauensleuten.

Alle Berufellen müssen vertreten sein.
Die Kommission.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und

-Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle
Charlottenburg.
Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, bei Herrn Bauer,
Berlinerstr. 86a:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Parteikonferenz. 2. Bericht der Ortsverwaltung über das vergangene Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1900 bis 1. Oktober 1901. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1901. 4. Neuwahl der geleiteten Ortsverwaltung. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 67/13
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe keinen Zutritt.
Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Pohl.

Orts-Krankenkasse

für das Buchdruckgewerbe

zu Berlin.

Ausserordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 13. Oktober 1901, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alie Jakobstr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Abänderung der Statuten. 2. Verschiedenes. 65/25b
Der Vorstand.
Joh. Wenz, Vorsitzender. Gustav Lehmann, Schriftführer.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Montag, den 7. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, in Cohus
großem Saal, Venthstraße Nr. 20/21:

Große öffentliche

Schuhmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Vint über: „Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ 2. Diskussion. 3. Der verarbeitete Minimallohn-Tarif und die nächsten Aufgaben der Organisation. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.

Rixdorf.

Socialdemokratischer Wahl-Verein.

Mittwoch, 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Landner,
Bergstraße 151-152:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes, Zeitungsprediktors und Bibliothekars. 3. Neuwahl des Vorstandes, Bibliothekars und der Redaktoren. 4. Vereinsangelegenheiten. 232/17
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Schöneberg.

Dienstag, den 8. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr:

Große

Volksversammlung.

in Obsts Festsälen, Meiningerstr. 8.

Tagesordnung:

Bericht der Delegierten des Reichstags-Wahlkreises
Teltow-Beeskow-Charlottenburg vom Lübecker Parteitag.
Der Einberufer.

Achtung! Stuccateure. Achtung!

Wegen den am Dienstag stattfindenden Parteiversammlungen findet die öffentliche Versammlung erst

Mittwoch, den 9. d. M., abends 8 Uhr,
bei Buske, Grenadierstraße 33, statt.

Tagesordnung: 1. Der wirtschaftliche Niedergang und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisations- 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pünktliches und vollständiges Erscheinen der Kollegen ist Pflicht.
Der Einberufer.

Achtung! Vereine, Fabriken!

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Der große Saal ist noch Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. November, zu vergeben.

Jeden Sonntag: Großer Ball.

Der Vorstand.

Damen-Vortrag.

Montag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr,
in „Gerds Restaurant“, Blücherstraße 66, über:

„Moderne Frauenleiden“.

Rur Damen! Eintritt frei!

Herren-Vortrag.

Donnerstag, 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c und Freitag, den 11. Oktober, abends

8 1/2 Uhr, in „Volksfestsaal“, Wasserhorststr. 68:

Sogenannte unheilbare Männerleiden.

Eintritt frei! Rur für Herren! Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstraße 20:

Vortrag von Frau E. Thier

über: „Wesen und Schäden der Hausindustrie.“ — Gütlich willkommen.
Der Vorstand.

Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Morgen Sonntag, abends 9 Uhr: Beginn des Winterkursus in der Central- im „Dresdener Garten“, Dresdenstr. 45. Vortrag über: „Nerv und Seele des Arztes und Anatomie“ (Bau des menschlichen Körpers). Einzahlung 25 Pf., monatlicher Beitrag 25 Pf. Die erste Leisurunde ist frei. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Föderation revolutionärer Arbeiter.

Montag, 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 13, Saal I:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele der Föderation. 2. Diskussion. 95/10
Der Einberufer.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Montag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Stechert, Andreasstr. 21:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom 5. Kongress. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Bezirks-Versammlungen:
Norden:
Dienstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Mannau, Brunnenstr. 183.

Osten:
Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreasstraße 26.

Süden:
Donnerstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Lorenz, Margrafenstr. 83.

Branchen-Versammlungen:
Kleber:
Mittwoch, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Simonis, Venthstraße 21.

Näherinnen:
Mittwoch, den 10. Okt., abds. 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Die Verbandsleitung.

Achtung! Schmiede. Achtung!

Montag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Ballschmieder,
Währ. 16. und Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Zwei grosse öffentliche Versammlungen

der Schmiede Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Lohse über: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen.“ 2. Verschiedenes. 170/10
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.
Der Einberufer.

Tabakarbeiter-Genossenschaft

HAMBURG.

Vertreter: Udo Stangenberg.

Fabriklager und Verkaufsstelle: Mantelstr. 110.

Verkaufsstelle Rixdorf: R. Krüger, Panickerstr. 10. (24078)

Rödenitz: F. Weber, Grünauerstraße 1.

Süd-Osten: E. Kunze, Grünauerstraße 4.

Osten: P. Arnold, Straußbergerstraße 24.

Arbeiter - Bildungsschule.

5/2 Sonntag, den 27. Oktober 1901,
im grossen Saal des Gewerkschaftshauses.

Lilienkron- und Falke - Abend.

Fest-Vortrag, Kammermusik, Recitation und Gesang.
Eröffnung 6 Uhr. Anfang präc. 7 Uhr.

Eintritt inkl. Programm und Garderobe 50 Pf. Nachher Tanz.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Montag, den 7., und Dienstag, den 8. d. M., abends von
6-8 Uhr:

Befähigung des automatischen Bogen-Anlege-Apparats

bei der Firma Fischer & Krecke,
Handelskassette Bellevue-Allee, Lindenstraße 101/102, Aufgang 12a.
Regen Beland erwartet. 33/15
Der Vorstand.

Musikinstrumenten-Arbeiter

(Fachverein.)

Montag, 7. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann,
Rannystraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierter Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Das Verhalten der Kollegen der Pianofabrik von Mantzen, Reichenbergstr. 125. 5. Vereinsangelegenheiten. 142/7
Die Kollegen der Firma Mantzen sind brieflich eingeladen.
NB. Die noch anstehenden Villes vom Fiskusgeschäft sind sofort abzurechnen.

Der Vorstand.

Sonnabend, den 19. Oktober 1901, in Rabes Festsälen,
Fichtestraße 29:

V. STIFTUNGSFEST

des „Sängerkreises der Musikinstrumenten-Arbeiter“.

Dirigent: Herr Richard Lange.
Anfang 8 1/2 Uhr. Program 30 Pf.
Zahlreiches Beland erwartet. Das Komitee.

Achtung! Portefeullier. Achtung!

Verband der Portefeullier und aller in der Leder- und
Galanteriewaren-Branche beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin.)

Dienstag, 8. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann,
Rannystraße 27:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. „Ist die Abschaffung der Heimarbeit möglich?“ Referent Kollege
F. Schmidt. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und des Kassierers.
4. Bericht der Agitations- und Arbeitsnachweis-Kommission. 5. Verbands-
angelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet.
109/12
Die Ortsverwaltung.

Borläufige Anzeige.

Parteigenossen u. Gewerkschaften!

Am 14. und 15. Oktober finden fünf große Versammlungen für
Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen statt und
ganz für den Süden, Südosten und Nordost in Sanssouci, Kott-
buserstr. 4; für den Osten in Stecherts Salon, Andreasstr. 21;
für den Norden in Berliner Prater, Kottbuscher-Allee 7; für den
Wedding und Wobbit in Rabes Salon, Kolbergerstr. 23; für
den Westen und Nordwesten in den Johannis-Sälen, Johannis-
straße 20.

Tages-Ordnung:
Die Forderungen der deutschen Schneider und Schneiderinnen bezüglich
der Heimarbeit an die Gesetzgebung. Referenten: Reichstags- Abgeordnete
Holkenbaur, Wurm, Hoch, Reisshaus und Albrecht.

Mit Rücksicht darauf, daß Tausende von Frauen und Töchtern der
Parteiorganisation und organisierten Arbeiter in der Konfektion beschäftigt, wird
ersucht, allerorts in Verwandten und Bekanntenkreisen für einen guten
Besuch dieser Versammlungen zu agitieren. 109/13

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen (F.M.S. Berlin).

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl wöchentl.

1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 120. Spr. 9-7.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89.

Berlin.

Frankfurter Allee 110.

Detail.

Engros.

Woll-Kleiderstoffe.

Damen-Juche, Winterfarben . . . Meter 45, 60, 75, 100 Pfg.
 Homespun Meter 1,25, 1,50, 1,95 Mk.
 Reinwoll Cheviot Meter 60, 75, 100-150 Pfg.
 Zibeline Satin-Tuch Meter 1,40-2,25 Mk.

Hauskleiderstoffe.

Velour Parchend 30, 38, 50, 60 Pfg.
 Blousen-Flanell 65-100, 125 Pfg.
 Loden-Stoffe 60, 75, 90 Pfg.
 Englische Noppen 75, 88, 120 Pfg.

Velour russe, grösster Auswahl Meter 0,88-1,25 Mk.

Seidenstoffe.

Ein grosser Posten Wasch-Seide in entzückenden Mustern
 werth 1,00 und 1,50, jetzt Meter 60 Pf., 95 Pf.
 so lange der Vorrath reicht.
 Seidenstoff, farbig, dammassirt Meter 1,95, 2,25 Mk.
 Chiné-Besatz-Seide Meter 2,75-4,50 Mk.
 Jaffet, farbig, für Blousen Meter 1,60, 2,00, 2,25 Mk.
 Blousen-Sammt Meter 1,25, 1,75, 2,00 Mk.

Jupons.

Tuch-Stoff 1,35, 1,75, 2,50 Mk.
 Reinwoll. Tuch 2,75, 3,50, 4,75 Mk.
 Moiré mit Besatz 2,75, 3,35, 4,00 Mk.
 Moiré, gefättert St. 3,50, 4,00, 4,50 Mk.
Cloth mit Futter Mk. 2,85.

Eine grosse Parthie **seidene Röcke**
 bedeutend unter Preis.

Nerz Muff

2,50

Nutria Muff

3,85

Kanin

St. 1,35

Collier

1,00-5,50

Strauss-Feder-Boa

St. 5,85

Blousenhemden.

Sammtflanell 1,95, 2,50, 3,00 Mk.
 Velour . . . St. 0,75, 0,95, 1,10 Mk.
 Cheviot, reine Wolle . . . 4,75, 6,00 Mk.
 Japon auf Futter 7,50 Mk.
 Sammet, auf Futter, mit Säumchen 3,85, 4,75 Mk.

Jacketts.

Cheviot, zweifelhig 3,65 Mk.
 Cheviot, mit reicher Seiden-Stickerel 4,15 Mk.
 Presedent . . . St. 4,75-6,00 Mk.
 Eskimo St. 6,75-9,00 Mk.

Capes.

Golf-Capes aus einfarbigen u. carrirten Stoffen
 St. 5,25, 6,85, 9,00 Mk.
 Golf-Capes, Homespun
 St. 6,95, 8,50-12,50 Mk.
 Capes aus Eskimo mit Stickerel . . . 6,85-11,50 Mk.

Costumes-Röcke mit auslaufendem Volant, Homespun, grau und blau Stück 5,85

Damen-Glacé-Handschuhe

mit 2 Druckkn. Paar 75 Pf., 1,25 Mk.

Kinder-Strümpfe

Paar 25 Pf., 35 Pf., 50 Pf.

Teppiche und Gardinen

äusserst billige Preise.

Gardinen-Stangen

35, 45, 75 Pf.

Linoleum

Meter 90 Pf.

Schlafdecken

Stück 88 Pf., 1,25, 1,75 Mk.

Wachs-Tuche

Meter 88 Pf., 1,25 Mk.

Läufer-Stoffe

Meter 30, 38, 45 Pf.

Polsterbettstellen 5,75, 6,50 Mk.

Fertige Betten

1 Oberbett
 1 Unterbett
 2 Kopfkissen

Stand 10,00, 13,50, 22,50 Mk.

GEGRÜNDET 1815

AUSSTELLUNG

in den neu eröffneten Räumen

Die illustrierten Kataloge für

Möbel, Gardinen, Möbelstoffe, ... Leinen- u. Baumwollwaren, Wäsche, ... Seiden- u. Kleiderstoffe, Konfektion

stehen kostenfrei zu Diensten.

Die schlechtesten Zeiten

zwingen jedermann zur Sparsamkeit. Besonders trifft dies für die Hausfrau zu. Sie kann aber bei der Zubereitung der Mahlzeiten sparen...

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptredaktion Deutschstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Fredericksdorf (Süd) sind sofort 80 Quadratrudder für 750 Mark zu verkaufen. Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. ...

Wegungshalber verkaufte, billige Bettstelle, Spiegel, große Singer-Maschine, Bodemann's Portier, Königgräzerstr. 105. ...

Plattmaschineneleger, sämtliche Systeme ohne Anzahlung, Wode 100. ...

Pollstängel Gesellschaft Wemadenstraße, Erdingerstraße 4. ...

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Hochzeit. ...

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bücher- und Buchhalter bitten um Arbeit. Stühle werden zu billigen Preisen gesucht...

Stellenangebote.

Ein tüchtiger Geldschrankschlosser, der sich auch als Monteur eignet, von erher Goldschmiedefabrik gesucht...

Vermietungen.

Väden für jedes Geschäft passend (Kolonial, Möbel, Herrungarderobe etc.). ...

Zimmer.

Teilnehmer für mein gut möbliertes Wohnzimmer gesucht. ...

Schlafstellen.

Schlafstelle für Schuhmacher Erdingerstr. 15 (Süd). ...

Vermischte Anzeigen.

1. Tenor und 2. Bass, nur gute Stimmen, werden für ein Quartett gesucht. ...

Litterarisches.

Richard Calver, Die Meißbegünstigung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Berlin und Wien, Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften (Dr. John Wolfheim). 184 S. 60.

Die Schrift Calvers schließt sich inhaltlich seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Arbeitsmarkt und Handelsverträge“ an, verrät aber eine weit eingehendere Beschäftigung mit dem behandelten Gegenstande.

In seinen Ausführungen nimmt Calver zunächst auf den 1828 zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Meißbegünstigungsvertrag Bezug, dessen wichtigste Bestimmungen und verschiedene Interpretationen während der letzten Jahrzehnte er mitteilt.

Soweit läßt sich im ganzen gegen die Darlegung wenig einwenden, wenn auch in einzelnen die Betrachtung vielfach recht einseitig und vorgezogen erscheint. In V sind bei der Beurteilung der deutsch-amerikanischen Handelsbilanz keineswegs nur die betreffenden Ein- und Ausfuhrziffern in Rechnung zu stellen.

Anders aber liegt die Sache, wenn weiterhin Calver, um die Vereinigten Staaten zu Zollreduktionen zu zwingen, es auf einen Zollkrieg antommen lassen will und die Gewinnchancen auf deutscher Seite liegen liebt.

Schon der erste Grund, daß, weil Deutschland mehr Waren von der Union, als diese von Deutschland erhält, die Vereinigten Staaten ein größeres Risiko übernehmen, ist absolut unzutreffend.

Erhaltung zu einer Rohstoff-Verteuerung führen würde usw. Calver macht sich seine Beweisführung außerordentlich bequem; er sagt einfach Petroleum, Kuppelholz, Maschinen, Obst, Kohlen, Eisen, Häute und Felle brauchen wir nicht von den Vereinigten Staaten zu beziehen.

Das ist eine sonderbare Kalkulation, die leider nur allzu sehr dazu geeignet ist, den agrarischen Zollkriegspredigern Wasser auf ihre Mühle zu liefern.

Sobald es aber klar, und darin stimmen wir wiederum Herrn Calver bei, daß der Zollkrieg mit Amerika für uns als Käufer keinen besonderen Schrecken haben würde.

demokratischer Reichstags-Abgeordneter, und wir haben wiederum nicht die geringste Veranlassung, ihm zu widersprechen.

Die Proteste, aus denen Calver einen repressiven Vorgehen gegen die Vereinigten Staaten das Wort reden, sind, wie jeder sich aus seiner Schrift überzeugen kann, andre als jene des Bundes der Landwirte, dem es nur auf eine Beschränkung der Lebensmittel-Einfuhr ankommt.

Witterungsüberblick vom 5. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. u. Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. u.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 6. Oktober 1901.

Niemlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend frühe und regnerisch bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wochen-Programm, Sonntag 6., Montag 7., Dienstag 8., Mittwoch 9., Donnerstag 10., Freitag 11., Samstag 12., Sonntag 13.

Ständiges Repertoire: Neues König. Opern-Theater (Stoll). Diesen Sonntag: Wintermärchen. Nächsten Sonntag: Gesamt-Reise-Theater. Alle Abende: Sem.-Doppelpänger.

Baer Sohn.

Chausseestrasse 24a u. 25, 11 Brückenstrasse 11, Gr. Frankfurterstr. 20

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Eine Million

18ten Preisliste für die Winter-Saison 1901-1902.

Ca. 150 Abbildungen. Klare Veranschaulichung. Verständlich für Jedermann.

Der Inhalt der 18ten Preisliste ist folgender:

Table with columns listing clothing items like Winter-Paletots, Jaquet-Anzüge, etc., and their prices.

Grösste Auswahl. Billigste Preise. Baar-Verkauf. Feste Preise.

A. Jandorf & Co.

Splittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle-Alliancestrassen 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.



Viola 1,95 M.



Mercedes 6,45 M.



Victoria 5,85 M.



Juno 7,25 M.

Ungarnirte Damen-Hüte, modernste Formen
Stück 78 Pf., 1,15, 1,45, 1,85, 2,45 M.



Gertrud 1,48 M.

Fantasie-Federn.

Feder-Pompon Stück 15 Pf.
Feder-Stutz Stück 18, 23 Pf.
Amazonen-Form St. 33, 48, 58 Pf.
Vögel r. Hutgarnierung St. 25, 75, 95 Pf.
Eleg. Fantasies St. 85, 125, 165 Pf.

Hut-Schmuck.

Flitter-Rosetten Stück 7, 10, 18 Pf.
Flitter-Stutz Stück 9, 15, 28 Pf.
Flitter-Stutz mit Chenille St. 38 Pf.
Flitter-Flügel Stück 48, 65 Pf.
Flitter-Hut-Deckel mit Chenille St. 68 Pf.



Ariadne 2,65 M.

Weisswaaren.

Halsbandeaux mit Schloss St. 45 Pf.
Selbstbinder mit Flittern besetzt St. 48 Pf.
Damen-Schleife aus Chiffon St. 45 Pf.
Damen-Schleife aus Chiffon m. Spitzen-Ans. St. 1,15 M.
Pompadour St. 85, 95 Pf. 1,65, 2,45 M.
Kopfhawl St. 95 Pf.
Damen-Medici-Gürtel St. 45, 85, 95 Pf. 1,65 M.

Fantasie-Feder-Boa St. 58, 78 Pf.
Fantasie-Feder-Boa schwarz mit weiss St. 1,10, 1,65 M.
Rüschen-Boa m. Enden St. 2,45, 5,45 M.
Eleg. Feder-Boa St. 5,85, 6,45 M.
Tändelschürze farbig gestreift St. 87 Pf.
Elegant. Halsbandeaux St. 1,25 M.
Kopftuch mit Spitze garnirt St. 1,85 M.

Kravatten-Bänder Meter 18, 25, 33, 95 Pf.



Mignon 3,25 M.

Ganz besonderer Gelegenheits-Kauf!

Glacé-Handschuhe

für Damen, couleur, mit Druckknöpfen,
in allen Grössen Paar 75 Pf., 1,15 M.

*) Dieser Artikel wird an Wiederverkäufer nicht abgegeben.



Formosa 4,45 M.



Bianca 3,85 M.



Gisela 1,75 M.



Otti 4,65 M.



Magda 4,10 M.

Von der Frequenz des städtischen Obdachs.

Weber den Besuch der beim städtischen Obdach bestehenden Abteilung für nächtliche Obdachlose hat die Verwaltung der Anstalt den Zeitungen eine Mitteilung zugehen lassen, die eine kurze Übersicht über die Frequenzentwicklung der 27 Jahre von 1874 bis 1901 gibt. Danach betrug der Besuch dieser Abteilung (das Jahr seit dem 1. April bis 31. März gerechnet) im Jahre 1874/75 nur 63212 Personen, stieg dann allmählich bis auf 133702 Personen im Jahre 1890/91, stieg darauf rasch bis 22942 im Jahre 1893/94, fiel von neuem bis auf 44740 im Jahre 1893/94, sank wiederum bis 306369 im Jahre 1898/99 (nachdem inzwischen das der Gewerbe-Krisis folgende vorangehende Jahr 1895/96, das reichlich Arbeitsgelegenheit brachte, einen außerordentlich niedrigen Ausgang auf 23126 Personen gehabt hatte) und betrug in den letzten beiden Jahren 1899/1900 und 1900/1901 371050 bzw. 410257 Personen, so daß nun erneut eine beträchtliche Steigerung eingetreten ist.

Dieser Besuch zwischen Aufsicht und Abwehrbewegung, auf den wir in früheren Betrachtungen über die Frequenz des städtischen Obdachs oft genug hingewiesen haben, steht in unverkennbarem Zusammenhang mit der mehr oder weniger ungünstigen Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der un- bemittelten Bevölkerung. Die Obdachverwaltung bietet sich natürlich, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, weil ihr das namentlich in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit den Ansturm auf das Obdach wieder steigern, nicht in den Arm fallen kann. Sie begnügte sich mit einer ganz kurzen Andeutung, indem sie bei dem durch die

Maximalfrequenz unvorteilhaft ausgezeichneten Jahre 1899/01 den Zusatz macht: „wo die Arbeitslosen-Krawalle stattfanden.“ Ob sie dabei den Ton mehr auf das Wort „Arbeitslose“ oder mehr auf die „Krawalle“ legt, das ist übrigens nicht ganz klar. Nach der Art, in der sich die Obdachverwaltung in den letzten Wochen über die Obdachlosen geäußert hat, muß vielleicht eher das letztere angenommen werden. Dann läge dem Zusatz natürlich nicht der Wunsch, den ursächlichen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Obdachfrequenz anzudeuten, sondern eine ganz andre Rücksicht zu Grunde. Nebenbei sei bemerkt, daß die „Arbeitslosen-Krawalle“ nicht einmal im Jahre 1899/01, sondern am 25. und 26. Februar 1902, also im Jahre 1901/02 stattfanden.

Der Einfluß der jeweiligen Wirtschaftslage auf die Frequenz des Obdachs würde in den 27 Jahren 1874 bis 1901 noch deutlicher hervorgetreten sein, wenn die Frequenz nicht daneben noch durch einige andre Umstände beeinflußt worden wäre. Beispielsweise hatte die im Oktober 1887 erfolgte Verlegung des städtischen Obdachs von der Potsdamer- und Friedenstraße nach den viel ruhigeren Räumen in der Fiedelstraße, namentlich in der Abteilung für nächtliche Obdachlose sofort eine enorme Steigerung des Besuches zur Folge, die durch die damaligen Wirtschaftsverhältnisse keineswegs begründet erscheint, die sich aber sehr einfach daraus erklärt, daß die Frequenz des Obdachs seit einer Reihe von Jahren wegen Raummangels immer weiter hinter dem wirklichen Bedürfnis zurückgeblieben war. In Rücksicht auf den Noistand des Winters 1901/1902 wurde wiederum eine Erweiterung der Anstalt, um zwanzig Baracken, beschlossen, aber der Bau wurde erst im Dezember 1900 fertig; bis dahin hatte man sich mit einigen Notbaracken behelfen müssen. Infolgedessen trat die höchste Frequenz erst im Winter 1899/01 ein, während sie bei der Schärfe, mit der der Noistand schon im Herbst 1901 eingetreten hatte, schon früher zu

erwartet gewesen wäre, wenn es im Obdach nicht an dem erforderlichen Raum gefehlt hätte. Zu berücksichtigen ist auch die im Dezember 1899 erfolgte Verlegung der Männerabteilung des Obdachloshaus von der Fiedelstraße nach der Bismarckstraße. Sie war mit einer Vergrößerung um rund 400 Plätze verbunden, so daß das Obdachloshaus seitdem im Winter monatlich bis gegen 12 000 Männer mehr aufnimmt, als das städtische Obdach bedeutend entlastet. Auf alle diese Umstände hat die Obdachverwaltung in ihrem den Zeitungen übersandten Opus nicht hingewiesen. Es muß unentschieden bleiben, ob auch das ihr nicht in den Arm paßt, oder ob sie überhaupt in der Lage ist, die Bewegung der Obdachfrequenz von solchen Gesichtspunkten aus zu betrachten.

Die Obdachverwaltung schließt ihre Darstellung mit der Bemerkung, „das laufende Jahr hat bis jetzt geringeren Besuch gezeigt“. Das ist nicht wahr; gerade das Gegenteil ist der Fall. Diese den Thatsachen widersprechende Darstellung wird aber von der bürgerlichen Presse mit derselben gläubigen Kritiklosigkeit weiter verbreitet, die wir in den letzten Wochen wiederholt festgestellt genötigt waren. Nach den amtlichen, im „Gemeindeblatt“ veröffentlichten Monatsberichten über die Obdachfrequenz, die jetzt bis einschließlich August 1901 vorliegen, überwiegt das nächtliche Obdach im laufenden Jahre von April bis August 43 410, 29 750, 20 410, 16 351, 19 494, zusammen 129 440 Personen, dagegen in vorigen Jahre in denselben Monaten nur 30 078, 18 428, 13 045, 12 810, 12 223, zusammen 87 583 Personen. Hier ist auch nicht ein einziger Monat, der im laufenden Jahre nicht eine höhere Frequenz gehabt hätte als im vorigen Jahre. Im ganzen belaufen sich die Mehrnahmen in den fünf Monaten auf 41 847 Personen, das sind rund 48 Proz. der Frequenz derselben fünf Monate des Vorjahres. Wenn trotzdem jetzt verbreitet wird, „das laufende Jahr habe bis jetzt geringeren Besuch gezeigt“, so werden unsere Leser sich einen Beruf darauf zu machen wissen.

Wer ein Cigarren-Geschäft eröffnen will, wende sich zuvor an Adolf Adler, Belforterstrasse 25. Verkauf nur an Cigarren-Händler und Grossisten. [2991L]

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kantabaffabrikate verhängt. Den Knebelrevens (Verjagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kantabaffirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothhard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein.

Wir erfragen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Lassen Sie sich nur

kein künstl. Kautschuk-Platten-Zahn-Gebiss anfertigen, ohne sich bei uns zu überzeugen, ob Sie nicht in Ihrem Mund aus hygienisch u. praktisch. Gründen **= plattenlosen Zahnersatz =** tragen können.

Bei Platten-Zahnersatz empfehlen wir statt Kautschuk unsere doppelt gestanzten Platina-Silber-Gaumenplatten. Diese haben den Vorzug der Stabilität und höchsten Sauberkeit, erzeugen kein Brennen, sind wegen ihrer dünnen Basis kaum im Munde zu spüren und behalten die schöne Platinafarbe, während selbst 14 Karat Gold im Munde oxydiert. Die Vorteile von hochkarätigen Goldplatten gegenüber Platina-Silberplatten sind unerzähllich im Gegensatz zum Preis.

Das Einsetzen von plattenlosem Zahnersatz (Stützähnen u. künstl. Krone) geschieht bei uns absolut schmerzlos.

Unser Institut ist hervorragend hygienisch eingerichtet. Behandlung nur mit sterilen Instrumenten!

Zahnk. Lind^e Institut für Zahnleidende. Inhaber:

Zahn-Arzt Dr. Lind. Linde,

Brückenstr. 6 a, I, und Leipzigerstr. 10, I. Sprechstunden 9-6, Sonntag 9-12. Fernsprecher.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heißluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreiches und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Vorbeugung an sämtlichen Krankheiten. [243LL]

Bad Frankfurt | Rittler-Bad

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Rittler-Strasse 18. Specialität: Russ. bzw. Dampfbäder, Röm. bzw. Heißluft-, Lohntannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Beststellen, Matratzen und Betten.

Special-Geschäft für Kinder, Erwachsene u. Dienstboten. Fertige Betten: No. 1. Oberbett, Unterbett 3 Kissen, 100/200, rot-rosa gestreift, 12,00 M. No. 2. 100/200, 18,00 No. 3. 100/200, grau-rot, 33,00 No. 4. 100/200, glatt rot, 43,00 No. 5. 100/200, rot-rosa, 66,00 Schüßen der Betten im Beisein der Käufer.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“.

6,50, 9,00—21,00 Invalidenstr. 160, an der Brunnenstr. Filialen: Tauentzienstr. 7a, Ecke Nürnbergerstr. | Harnischstrasse 15, an der Thurnstrasse, No. 11 | Alleanenstr. 103, am Büchsenplatz. | Reinkönigsdammstr. 2 die, am Wedding. | Gr. Frankfurterstr. 116, Ecke Linderstr. | Brunnenstrasse 92, Ecke Küssenerstr. | Oranienstrasse 21, an der Adalbertstr. | Spandau, Havelstrasse 29.

Teilzahlung gestattet, bei grösseren Raten Cassapreise.

Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss Vereins.

Neueste Nachricht!

Vollständige Wohnungs-Einrichtung für Mark **250.**

Sofa	von Mark 30 an
Bettstellen mit Federboden und Rissen	30
Büchergarnituren	100
Bancchoclos	90

Berlin O., Holzmarktstr. 21. Eberhardis Möbelfabrik.

Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Andreakstraße 23. II. Geschäft: Brunnenstr. 95. III. Geschäft: Benfesterstr. 67. IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55. V. Geschäft: Zentralanstr. 19.

Pappewagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle. Größtes Lager Kinderwagen, Kinderbettstellen, Berlins. Maßstab, grob.

1000 Mark Belohnung sollte ich jedem, der mir ein größeres Specialgeschäft in der Branche als das mirige nachweist. Diese Belohnung bietet ich schon seit 15 Jahren an und ist meine Konturrenz garnicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

R. Schrödter, Frankfurter Allee 197.

empfehlen reichhaltiges Lager zu billigen Preisen in: Brautschleier, 2 Meter lang und breit, Myrtenkränze von 1,50 bis 2,00 M., Korsetts, Strümpfe, Unterröcke, fertige Wäsche, Glacé- Handschuhe, Fichus etc. [2432L]

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5.

empfehlen Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. [2207L] Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

Achtung!

Allen Vereinen und Gewerkschaften zur Nachsicht, daß ich das früher Willförde Lokal **Andreas-Garten, Andreasstr. 26**, übernommen habe und als Gastwirtschaft und Posthaus weiterführen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und liegen die Gäste, Vereinszimmer sowie Kegelbahn nach der ersten Lage, am Sonnabend frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und ausgelegte Biere meinen wertigen Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lege ich zu recht zahlreichem Besuch freundlich ein. [2353L] Am 7. 9. 01. Franz Herkowski.

J. Baer,

BERLIN N. [1908L] 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schlegelmannstrasse 37 empfiehlt, wie bekannt, in verblühten Kauf- führung und streng festen Preisen: Herren- u. Knaben- Garderobe. Arbeitssachen. Grosses Stofflager zur Anfertigung nach Mass. Elegante Kleidermann-Ausstatt.

Zahnärztl. Institut

83 I. Wrangelstrasse 83 I. [2107L] Für Kinder Zahngelüste gratis. Zahnerk., Plomben, Reinigung. Spec.: Völlig schmerzloses Zahnziehen.

Schön schreiben 8 M., Buchführung 12 M.

Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Comptoirbücher, sehr reichhaltig, auch Herren-Verleihen, Knichts Handelsschule, Rosenhalerstr. 44. Buchführung: Charlottenburg, Wilhelm-Platz 9. Anfang jeden Monatsbeginns. Der Preismonats-Beruf in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. [2978L]

CARLZOBBEL

Berlin SO., Köpnickestrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse. Beste Herren- und Knaben-Moden der Gegenwart. Auch für sehr kompakte Figuren die reichste Auswahl. Eleganteste Massanfertigung. Werkstatt im Hause. Sehr billige aber feste Preise. Nur prima Arbeit. Prämiert mit goldenen Medaillen. Katalog gratis und franko.

